Donnerstag, 13. Dezember.

Der Westfäl. Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.

Beilagen: [illegible]
Redaktion: [illegible]
Expedition: Königstraße 34. [illegible]
Verlag [illegible]
Probenummern: [illegible]
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernsprech-Anschluß: Redaktion Nr. 303, Expedition Nr. 112.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. Morgen-Ausgabe. 85. Jahrgang.

1906. — Nr. 620.

Bezugspreise:
Vierteljährlich: [illegible]
Zweimonatlich: [illegible]
Einmonatlich: [illegible]
Einzelnummer: [illegible]

Anzeigenpreise:
[illegible]
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 34, [illegible]

Der erste Nachtragsetat für Südwestafrika abgelehnt.

Die Budgetkommission des Reichstags hat am Dienstag den ersten Nachtragsetat für Südwestafrika abgelehnt. Damit hat der neue Kolonialdirektor sein erstes Fiasko im Reichstag erlitten. Selbstverständlich ist mit dem Beschlusse der Budgetkommission den Entschließungen des Plenums nicht präjudiziert, und es ist sehr wohl möglich, daß Herr Dernburg den Nachtragsetat, dessen Vaterschaft ihm zusteht, in der zweiten Plenarberatung in der einen oder anderen Weise rettet. Nichtdestoweniger aber bedeutet die Abstimmung der Kommission sowohl für Herrn Dernburg als auch für die Regierung überhaupt eine Schlappe; denn die Beratungen in der Kommission haben gezeigt, daß die Regierung sehr wenig in der Lage ist, ihrerseits positive Arbeit zu leisten. Außer dem Antrag des Zentrums, wonach 4000 Mann in Uebereinstimmung mit der Absicht der Regierung zurückgezogen werden sollen und ferner bis zum 31. März die Vorbereitungen für die Reduzierung der Truppen in Südwestafrika auf 2500 Mann getroffen werden sollen, lagen sowohl von der rechten Seite wie von der linken Seite Resolutionen vor. Sämtliche Anträge und Resolutionen wurden, wie die Regierungsvorlage, abgelehnt. Auch der Antrag des Zentrums fiel.

Es wird natürlich nicht an Stimmen fehlen, welche die Auffassung vertreten, als ob an dem negativen Ergebnis der Kommissionsberatung das Zentrum schuld sei und in dem Verhalten des Zentrums ein Affront gegen den Kolonialdirektor Dernburg zu erblicken sei wegen seines Konfliktes mit dem Abg. Roeren. Das tut z. B. schon gleich die 'Köln. Ztg.' in einer Berliner Note. Aber nichts ist verkehrter, als eine derartige Auffassung. Denn das Zentrum wollte eine positive Arbeit leisten und trat bei der Abstimmung selbstverständlich für seinen Antrag ein. Es waren dies neun Stimmen. Aber die Sozialdemokraten stimmten gegen den Antrag des Zentrums. Man geht wohl nicht in der Ansicht fehl, daß dieses in der Absicht geschehen ist, um das Zentrum zu zwingen, Farbe zu bekennen. Man hat auf Seiten der Sozialdemokraten geglaubt, daß, wenn der Zentrumsantrag fiele, das Zentrum die Regierungsvorlage akzeptieren würde. Diesen Gefallen hat das Zentrum der Sozialdemokratie nicht getan. Wenn alles abgelehnt worden ist, so trägt die Hauptschuld daran die Regierung. Es haben sich während der Kommissionsberatung so viele Unstimmigkeiten auf Seiten der Regierung bezw. des Generalstabes, des Kolonialdirektors und der Truppenteile bemerkbar gemacht, daß, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, in der Kommission das Gefühl vorherrschend war, daß man unter solchen Umständen die Verantwortung für die Belassung einer Truppenstärke im Sinne der Regierung nicht auf sich nehmen könnte. Selbst von nationalliberaler Seite wurde dieser Empfindung Ausdruck gegeben, und dieser Empfindung entsprach es, wenn man von den Resolutionen, die gestellt waren, nichts wissen wollte. Mit den Resolutionen hat der Reichstag böse Erfahrungen gemacht, und eine Resolution auf Verminderung der Truppen, die praktisch der Regierung freie Hand beläßt, war im gegenwärtigen Falle um so weniger am Platze, als, wie der Abg. Spahn vom Zentrum zutreffend ausführte, auf der einen Seite nach den Aeußerungen der Regierung selbst der Widerstand der Feinde in Südwestafrika bereits gebrochen ist und auf der anderen Seite vor einem Jahre der damalige Kolonialdirektor genau so geredet hat, wie jetzt Kolonialdirektor Dernburg. Die Regierung hat vor einem Jahre schon versprochen, die Frage der Zurückziehung der Truppen im Laufe des Jahres zur Entscheidung zu bringen. Die Regierung hat es aber nicht getan, und so lag die Besorgnis nahe, daß die Angelegenheit nochmals im Falle der Annahme einer Resolution hinausgeschoben würde. Daß die Truppenführer in Südwestafrika möglichst große Truppen haben wollen, ist ja von ihrem Standpunkte aus verständlich, aber der Reichstag kann als verantwortlicher gesetzgeberischer Faktor nicht einfach die Verantwortung auf die Truppenführer abwälzen, oder sie ihnen zugestehen, sondern der Reichstag muß seine Verantwortung in der Abwägung der Anforderungen, welche die Kolonien bis jetzt gestellt haben, gegen den Wert, den sie für uns haben, erblicken. Und diese Abwägung zeigt, daß die beiden Faktoren zu einander in keinem Verhältnisse stehen, daß vielmehr die Anforderungen der Kolonien im umgekehrten Verhältnisse zu ihrem Werte stehen. Es muß einmal Ernst gemacht werden, hat Dr. Spahn in der Kommission gesagt, und damit wird er die Zustimmung in weiten Kreisen des Landes finden. Nicht eine große Masse kann uns in Südwestafrika helfen, sondern zum Kleinkrieg gehört eine bewegliche Truppe. Wenn Oberregierungsrat Conze in der Kommission erklärte, daß die Nachforderung eine Folge der vorjährigen Kürzung der Regierungsforderung durch den Reichstag sei, so ist das unzutreffend, denn wie wir schon einmal hervorgehoben haben, geht der Nachtragsetat weit über die Forderung der Regierung hinaus, und dabei ist es noch fraglich, ob sie mit den jetzt geforderten 29 Millionen auskommen wird.

Daß im Plenum des Reichstags nichts zustande kommen sollte, halten wir nicht für wahrscheinlich. Das Zentrum wird an seinem Antrag festhalten, und wenn die Regierung sich vor dem Schicksal im Plenum wahren will, das ihr in der Kommission beschieden war, so wird sie gut tun, den Bogen nicht zu überspannen, sondern auf den Boden des Zentrumsantrages zu treten. Daß die Sozialdemokraten im Plenum ebenso wie in der Kommission gegen den Zentrumsantrag stimmen würden, möchten wir nicht glauben, denn unsere Truppen sind einmal in Südwestafrika, und die Sozialdemokratie wird die Verantwortung, unseren Truppen den Unterhalt zu entziehen, nicht auf sich nehmen. Da der Zentrumsantrag bis zum 31. März die Vorbereitung für die Reduzierung der Truppen auf 2500 Mann getroffen wissen will, wird die Regierung nicht in eine plötzliche Zwangslage versetzt, sondern es ist ihr ein Spielraum gelassen, der den verkehrstechnischen Schwierigkeiten in der Rückbeförderung der Truppen Rechnung trägt.

Aus dem Reichshaushaltsetat für 1907.

Die 'Nordd. Allg. Ztg.' veröffentlicht den Schluß des Reichshaushaltsetats, woraus wir folgendes mitteilen:

Der Etat für das preußische Militärkontingent und die angeschlossenen Kontingente anderer Bundesstaaten weist an ordentlichen Einnahmen für Rechnung der Bundesstaaten mit Ausnahme von Bayern 6 296 429 Mark (+ 805 428 Mark), für Rechnung aller Bundesstaaten 445 384 Mark (+ 32 900 Mark) nach; an außerordentlichen Einnahmen 1 251 578 Mark (— 958 942 Mark). Die fortdauernden Ausgaben belaufen sich auf 497 927 618 Mk. (+ 14 232 902 Mark), die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats auf 83 548 886 Mark (+ 17 434 690 Mark), die Ausgaben des außerordentlichen Etats auf 41 144 400 Mark (+ 20 819 900 Mark). Bei Kap. 19 der fortdauernden Ausgaben ist die Errichtung von 2 Landwehrinspektionen beim 7. Armeekorps zu erwähnen, deren Notwendigkeit in einer Denkschrift begründet wird, und die Umwandlung der jetzigen Stelle des Inspekteurs der Telegraphentruppen in die eines Inspekteurs der Feldtelegraphie. Bei Kap. 23 (Ingenieur- und Pionierwesen) wird die Errichtung einer neuen (4.) Abteilung beim Ingenieurkomitee, einer Baumeisterschule in Straßburg, worüber eine Denkschrift beigefügt ist, eines Pionier-Regimentsstabes und eines Bataillons Pioniere gefordert. Aus den Erläuterungen zu Kapitel 24 (Selbstverpflegung der Truppen) ist zu entnehmen, daß der Zugang zu den Etatsstärken im ganzen betragen wird 267 Offiziere, 8 Militärärzte, 15 pensionierte Offiziere und Sanitätsoffiziere, 4 Oberzahlmeister und Zahlmeister, 2 Waffenmeister, 3 Büchsenmacher, 9 Unterzahlmeister, 885 Unteroffiziere, 1501 Gemeine, 785 Pferde. An Einzelheiten ist hier u. a. zu erwähnen: die Errichtung von zwei dem künftigen Inspekteur der Feldtelegraphie zu unterstellenden Inspektionen der Telegraphentruppen; die Errichtung je einer Funkentelegraphen-Abteilung bei den bestehenden drei Telegraphen-Bataillonen; Errichtung einer Kraftfahrabteilung bei den Verkehrstruppen. Unter den neuen Offiziersstellen befinden sich 196 Stellen für Hauptleute — 180 bei den Stäben der Infanterieregimenter, sowie der Jäger- und Schützenbataillone und 16 bei den Stäben der Fußartillerie-Regimenter und der Fußartillerieschießschule. Die Notwendigkeit dieser Forderung wird in einer kurzen Denkschrift erörtert. Zur Fortführung der 1905 beschlossenen Organisationsänderungen werden neu gebildet: 1 Bataillon Infanterie mit niedrigem Etat unter Zuteilung zu einem bestehenden Regimente mit 2 Bataillonen; 1 Pionier-Regimentsstab (Kommandeur der Pioniere) und 1 Bataillon Pioniere (wie schon oben erwähnt), 1 Telegraphenbataillon mit Funkentelegraphenabteilung 1 Bespannungsabteilung für Telegraphentruppen. Bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats sind bei dem Artillerie- und Waffenwesen an neuen Forderungen zu nennen: 3 278 000 Mark für Versuche im Waffenwesen; 7 362 313 Mark für Beschaffung von Feldartilleriematerial nebst Munition für leichte Munitionskolonnen und 2 170 000 Mark für entsprechende Unterbringungsräume. Beim Ingenieur- usw. Wesen sind 80 000 Mark als erste Rate zur Beschaffung von Kraftwagen für die Armeekorps eingestellt. Beim außerordentlichen Etat werden beim Titel Ausbau der Landesbefestigungen 31 119 400 Mark (+ 14 621 200 Mark) gefordert; für Köln infolge Aufgabe der Umwallung 6 000 000 Mark als erste Rate, desgleichen für Ulm 225 000 Mark.

Im Etat des Reichsmilitärgerichts halten die fortdauernden Ausgaben sich ungefähr auf der Höhe der vorjährigen (545 419 Mark gegen 543 412 Mark im Vorjahr). Als einmalige Ausgabe werden 892 320 Mark zur Erwerbung eines Grundstücks für ein eigenes Dienstgebäude gefordert. Das Grundstück liegt in Charlottenburg an der Witzlebenstraße und dem Witzlebenplatz und gehört der Terrain-Aktiengesellschaft Park Witzleben.

Der Etat der Marine weist an Einnahmen im ordentlichen Etat 581 424 (— 8203) M., im außerordentlichen Etat 500 000 M. — letzte Rate für die an Bremen verkaufte Batterie Brinkamahof I — nach. Der letzteren Summe steht eine gleich hohe Ausgabe als Schlußrate für den Ersatzbau im außerordentlichen Etat gegenüber. An Ausgaben sind beim ordentlichen Etat 221,1 Mill. Mark, beim außerordentlichen Etat — ausschließlich der erwähnten Schlußrate für den Batterie-Ersatzbau 56,9 Mill. M., zusammen 278 Millionen Mark angesetzt. Gegenüber dem Vorjahr ergeben obige Ziffern eine Steigerung der Ausgaben im ordentlichen Etat um 19,8 Mill. M., im außerordentlichen Etat um 6,6 Mill. M. Von den Ausgaben des ordentlichen Etats belaufen sich die fortdauernden auf 120,7 Mill. Mark — ausschließlich der Kosten für die Zentralverwaltung des Schutzgebietes Kiautschou —, die einmaligen auf 100,3 Millionen. Die Steigerung der fortdauernden Ausgaben gegen das Vorjahr beträgt im ganzen 7,9 Millionen. Sie entspricht dem planmäßigen Anwachsen der Offizier- und Mannschaftsstärken sowie des Schiffsbestandes in seiner Wirkung auf die Indiensthaltungen, den Werftbetrieb und die Schießübungen.

Unter den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats beanspruchen die Schiffsbauten 85 880 000 (+ 12 405 000) M., von welcher Summe gemäß den seit Annahme des Flottengesetzes beobachteten Finanzierungsgrundsätzen ein Betrag von 36 080 000 Mark aus der Anleihe gedeckt wird, ferner die artilleristischen Armierungen 37 501 000 (+ 7 005 000) M., die Torpedoarmierungen 4 750 000 (+ 140 000) M., die Minenarmierungen 340 000 (— 280 000) M. An Schiffsneubauten steht der Etat mit ersten Raten vor: zwei Linienschiffe („Ersatz Württemberg" und „Ersatz Baden") — Flottengesetz 1900 —, 1 großen Kreuzer (F) — Flottengesetznovelle 1906 —, 2 kleine Kreuzer („Ersatz Greif" und „Ersatz Jagd") — Flottengesetz 1900 — und eine Torpedobootsflottille (2 Torpedobootsdivisionen).

Nach den Erläuterungen zum Etat werden die Kosten der Linienschiffe sich in den Grenzen der Anschlagssummen des Etats für 1906 halten, dagegen sind bei dem großen Kreuzer F infolge einer durch das Vorgehen anderer Nationen notwendig gewordenen Steigerung des Deplacements und einer Verstärkung der Armierung die Baukosten auf 26 Millionen M., die Kosten der artilleristischen Armierung auf 10 Millionen M. erhöht. Die Kosten des Baues der neuen kleinen Kreuzer sind mit Rücksicht auf eine notwendig gewordene weitere Steigerung ihrer Geschwindigkeit auf je 6 Millionen M. veranschlagt. Bei den Torpedobootsflottillen (und zwar nachträglich auch für die bereits 1906 bewilligte Flottille) erhöhen sich infolge einer Armierungsverstärkung die Kosten der artilleristischen Armierung auf 1,7 Millionen M. Außer einem zweiten Tender für die Artillerieschule — als Ersatz für den verbrauchten Tender „Ulan" — werden 400 000 M. als erste Rate für die Einrichtung der früheren Panzerfregatte „König Wilhelm" als Schiffsjungenschulschiff (Gesamtkosten 560 000 M.) in Ansatz gebracht. Zur Grundreparatur und zu baulichen Aenderungen an dem großen Kreuzer „Hansa" wird auf die Gesamtkosten von 1 500 000 M. eine erste Rate von 750 000 M. gefordert. Die „Hansa" und die bereits im Umbau begriffenen großen Kreuzer „Hertha" und „Viktoria Luise" sollen Einrichtungen erhalten, die es ermöglichen, sie im Frieden anstelle der veralteten Schiffe der „Stosch"-Klasse als Seekadetten- und Schiffsjungenschulschiffe verwenden zu können.

Für den Bau von Unterseebooten und für Versuche mit ihnen fordert der Etat 3 Mill. Mark (+ 0,5 Millionen). Der Abschnitt Sonstige einmalige Ausgaben des ordentlichen Etats weist einen Geldbedarf von 7 922 450 Mark (+ 884 300 Mk.) nach. Im einzelnen werden gefordert: für Bedürfnisse der Werften 2 642 000 Mk. und zwar für Wilhelmshaven 981 500 Mk., für Kiel 618 000 Mk., für Danzig 247 500 Mk., für gemeinsame Bedürfnisse der Werften zusammen 800 000 Mk.; für Bedürfnisse der Waffenverwaltung, des Torpedo- und des Minenwesens 2 092 900 Mk., darunter 400 000 Mk. für Herrichtung eines alten Panzerschiffes zu Schießversuchen und zur Abhaltung von Vergleichsschießen gegen Panzerplatten, sowie 777 000 Mk. zu Beschaffungen für Minenzwecke; ferner für Bau- und andere Bedürfnisse der Garnisonverwaltung 1 606 750 Mk., der Lazarettverwaltung 137 800 Mk., für Beschaffung von Seekarten, Verbesserung des Küstennachrichtenwesens und andere allgemeinen Schiffahrtsinteressen dienende Aufwendungen 627 000 Mk., endlich für verschiedene andere Bedürfnisse im ganzen 216 000 Mk., darunter 77 000 Mk. zu Beihilfen für Zivilgemeinden mit starker Marinearbeiterbevölkerung.

Die Ausgaben des außerordentlichen Etats setzen sich zusammen aus dem schon oben erwähnten Zuschusse zu den beim ordentlichen Etat ausgebrachten Kosten für Schiffsbauten in Höhe von 36 080 000 Mk. und aus größeren Bauforderungen im Gesamtbetrage von 21 290 260 Mk. (— 1 949 740 Mk.). Von dieser Summe entfallen auf Bedürfnisse der Werften 12 381 760 Mk. (— 3 758 240 Mk.), der Artillerieverwaltung, des Torpedo- und des Minenwesens 4 482 000 Mk. (+ 1 260 000 Mk.), der Garnisonverwaltung 3 956 500 Mk. (+ 998 000 Mk.) und der Lazarettverwaltung 470 000 Mk. (— 499 500 Mk.).

Die Ausgabe des Allgemeinen Pensionsfonds beläuft sich auf 93 293 562 Mk. (+ 4 753 810 Mk.). Davon entfallen auf die Verwaltung des Reichsheeres 82 760 385 Mk. (+ 3 990 944 Mk.), das Reichsmilitärgericht 26 958 Mk. (+ 16 485 Mk.), die Marine 7 259 354 Mk. (+ 703 050 Mk.), die Zivilverwaltung 2 632 170 Mk. (+ 32 750 Mk.), Ehrenzulage an die Inhaber des Eisernen Kreuzes 21 060 Mk. (— 1044 Mk.), Pensionen für ehemalige französische Militärpersonen 47 000 Mk. (— 13 000 Mk.), sonstige Bewilligungen (Beihilfen für ehemalige französische Militärpersonen und deren Hinterbliebene) 220 000 Mk. (+ 20 000 Mk.), Invalideninstitute 836 635 Mk. (+ 4625 Mk.).

Die Ausgaben des Reichs-Invalidenfonds betragen 36 662 792 Mk. (+ 804 Mk.), davon für die Verwaltung 72 500 Mark (— 1870 Mk.), für Invalidenpensionen 36 590 292 Mark (+ 2674 Mk.). Die Ausgaben werden gedeckt durch eine Zinseneinnahme von 4 563 000 Mk. (— 1 360 000 Mk.) und einen Kapitalzuschuß von 32 099 792 Mk. (+ 1 361 044 Mk.). Außerdem ist auf den Reichs-Invalidenfonds ein nachträglicher Kapitalzuschuß für das Rechnungsjahr 1905 in Höhe von 3 155 995 Mk. zu übernehmen.

Beim Etat der Ostasiatischen Expedition erscheint als Einnahme im ordentlichen Etat die 6. Jahresrate der Entschädigung von China mit 10 794 614 Mk. (— 52 749 Mk.), im außerordentlichen Etat neben einem Verkaufserlöse von 1000 Mk. die sechste Tilgungsrate der Entschädigung mit 617 112 Mk., sowie ein Anteil an der von China zu zahlenden Entschädigung für die Kasernements in Kiautschou und Kaumi mit 338 000 Mk., somit insgesamt 956 112 Mk. (+ 325 835 Mk.). Die Gesamtausgabe beträgt 6 584 909 Mk. (— 1 942 591 Mk.), davon bei der Verwaltung des Reichsheeres 4 764 409 Mk. (— 2 235 591 Mk.). Dazu besagen die Erläuterungen: „Die politischen Verhältnisse haben im Jahre 1906 die Zurückführung der Besatzungsbrigade unter Belassung der Gesandtschaftsschutzwache in Peking und einer Reserve für diese in Tientsin (davon 1 Zug Infanterie in Langfu) ermöglicht. Dieser Teil des Expeditionskorps hat die Bezeichnung „Ostasiatisches Detachement" erhalten." Für die Marine beläuft der Bedarf sich auf 1 584 000 Mk. (+ 300 000 Mk.), für die Post- und Telegraphenverwaltung auf 184 500 Mk. (— 10 000 Mk.), für das Reichsamt des Innern (für Unterstützung hülfsbedürftiger Familien von Teilnehmern an der Expedition) wie im Vorjahre auf 2000 Mk.

Der Etat der Expedition in das südwestafrikanische Schutzgebiet gliedert sich wie folgt: Es erscheinen im außerordentlichen Etat beim Reichskolonialamte für außerordentliche Hülfskräfte usw. 82 000 Mk. (— 141 000 Mk.), als Zuschuß zur Bestreitung der Ausgaben anläßlich des Aufstandes — vergl. hierzu den vorstehenden Auszug aus dem Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet — 65 629 900 Mk. (16 689 500 Mk.), bei der Verwaltung des Reichsheeres 80 000 Mk. (— 20 500 Mk.), bei der Post- und Telegraphenverwaltung 800 000 Mk., somit insgesamt 66 591 900 Mk. (— 16 801 000 Mk.).

Der Etat für das zu errichtende Reichskolonialamt bringt an ordentlichen Einnahmen 263 885 Mk., darunter 262 285 Mk. Zinsen von dem Darlehen des Reichs an das Schutzgebiet Togo, an außerordentlicher Einnahme 162 000 Mk. als dritte Tilgungsrate für dieses Darlehen. Die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats belaufen sich auf 1 682 787 Mk. (1906 in der Kolonialabteilung: 1 114 289 Mk.). Davon entfallen auf die Zivilverwaltung 1 220 240 Mk. (+ 231 590 Mk.), auf die Militärverwaltung (Kommando der Schutztruppen) 462 547 Mk. (+ 336 964 Mk.). Die Reorganisation des Kolonialamts erfordert bei der Zivilverwaltung den Zugang von zwei Stellen, nämlich eines Staatssekretärs und eines Unterstaatssekretärs. Daneben besteht ein weiterer Mehrbedarf an höheren Beamten infolge der allgemein gesteigerten Geschäftslast. Es sollen deshalb weiter hinzutreten: je ein Vortragender Rat für das Personalreferat, für das Finanzreferat und für das Rechtsreferat; des weiteren je ein ständiger Hülfsarbeiter für das Referat von Südwestafrika und für das volkswirtschaftliche Referat. Dazu werden die notwendigen Vermehrungen des sonstigen Personals gefordert. Wie die Zivilverwaltung so wird auch die Militärverwaltung (das Kommando der Schutztruppen) neu organisiert. Etatsmäßige Stellen werden neu gefordert für einen Generalmajor, einen Stabsoffizier als Oberstleutnant, zwei Stabsoffiziere als Majore, vier Hauptleute erster Klasse, einen Feuerwerksleutnant, drei Vortragende Räte, zwei ständige Hülfsarbeiter, einen Korpsstabsapotheker. Die Einzelheiten der neuen Organisation des Kolonialamts werden in einer Denkschrift dargelegt. Die einmaligen Ausgaben belaufen sich mit Einschluß der Reichszuschüsse für die Verwaltungsausgaben der Kolonien auf 19 780 056 Mk. (+ 560 877 Mk.).

Beim Etat der Reichsschuld belaufen sich bei einer Einnahme von 335 450 Mk. (323 750 Mk. davon als Beitrag der Verwaltung der Reichseisenbahnen) die fortdauernden Ausgaben auf 136 594 500 Mk. (+ 9 089 000 Mk.); davon entfallen 882 500 Mark auf die Verwaltung, 135 792 000 Mk. (+ 8 952 000 Mk.) auf die Verzinsung. Als einmalige Ausgabe werden 852 000 Mk. als Kosten der Herstellung neuer Reichskassenscheine zu 10 und 5 Mk. eingestellt.

Der Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1907 balanciert insgesamt in Ausgabe und Einnahme mit 2 565 073 427 Mark und zwar wird er festgestellt im ordentlichen Etat auf 2 024 380 557 Mk. an fortdauernden und auf 272 118 860 Mk. an einmaligen Ausgaben, sowie auf 2 296 499 417 Mk. an Einnahmen, im außerordentlichen Etat auf 268 574 010 Mk. an Ausgaben und auf 268 574 010 Mk. an Einnahmen. Die Erhöhung des Etats gegen das Vorjahr beträgt 167 749 322 Mk. Von diesem Plus entfallen 143 144 739 Mk. auf den ordentlichen und 24 604 583 Mark auf den außerordentlichen Etat. Die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats erhöhen sich gegen das Vorjahr um 116,3 Millionen Mark, die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats um 26,9 Millionen Mark. Der **Anleihebedarf** ist auf **246 752 389 Mk.** festgesetzt. Zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse soll der Reichskanzler nach Bedarf Schatzanweisungen bis zu dem Betrage von 350 Millionen Mk. auszugeben ermächtigt sein.

Die Denkschrift zum Etat bringt eine neue Fassung der Grundsätze über die Verweisung von Ausgaben auf die Anleihe. Die ordentlichen Einnahmen ergeben gegen das Vorjahr einen Mehrbetrag von 173 478 000 Mark und übersteigen den Mehrbedarf bei den Ausgaben von 143 144 000 Mark um rund 28 300 000 Mk. Dieser letztere Betrag ist bei den Matrikularbeiträgen in Abgang gebracht.

Deutschland.

Berlin, 12. Dezember.

§ **Von einer Auflösung des Reichstags** aus Anlaß des Beschlusses der Budgetkommission konnte man am Dienstag in den Wandelhallen des Reichstags sprechen hören. Wir halten das Gerede für unbegründet; sollten aber an maßgebender Stelle solche Erwägungen stattfinden, so könnte es dem Zentrum recht sein. Es hat seine Beschlüsse nach gewissenhafter materieller Prüfung gefaßt. Ob das Zentrum oder die Regierung im Falle einer Auflösung aus diesem Anlaß den Kürzeren ziehen würde, würden wir getrost abwarten können. Auch die 'Köln. Ztg.' hält in der schon an anderer Stelle erwähnten Note den „Appell ans Volk" unter den obwaltenden Umständen für eine „zweischneidige Waffe", andererseits möchte das Blatt nicht, daß die Regierung sich unter „das kaudinische Joch des Zentrums" beuge. Natürlich vertritt das liberale Blatt die falsche Auffassung, daß das Zentrum an allem schuld sei. Wir brauchen darauf nicht näher einzugehen.

Der Fall Erzberger-Semler.

Die Budgetkommission des Reichstages hat sich zu Eingang ihrer Sitzung am Dienstag zunächst mit der in die Presse gelangten Notiz über die Episode Semler befaßt. Von den Abgeordneten wollte niemand eine Indiskretion begangen haben. Da die Presse von den Kommissionsverhandlungen ausgeschlossen ist, muß die Persönlichkeit, welche aus der Schule geplaudert hat, gleichwohl in der Kommission sitzen. Nachdem das Schweigeverbot für die Sitzung am Dienstag nicht aufrechterhalten worden ist, können wir über die Erledigung des Falles folgendes mitteilen: Dr. Semler legte der Kommission folgende Erklärung vor:

„Der Abg. Erzberger hat in voriger Sitzung in Form einer Anfrage an die Kolonialverwaltung, welche allerdings gar nichts mit der Sache zu tun haben konnte, mich mit einem Kaufmann Goerne in Verbindung gebracht, von dem er sich habe schreiben lassen, daß ich vor einigen Jahren demselben bezüglich der Insel Fernando Po abenteuerliche Pläne entwickelt und einen diesbezüglichen Auftrag erteilt haben soll. Dieses geschah zunächst unter spannender Namensverschweigung. Nachdem ich selbst mitgerufen hatte, „Namen nennen", nannte Herr Erzberger meinen Namen als den des Abgeordneten. Ich habe alsbald meine Entrüstung darüber zu erkennen gegeben, aber auch sofort das Einzige erklärt, was ich im Augenblick wußte, daß ich allerdings mit diesem Herrn irgendwie zusammengetroffen sei, ohne mich jedoch des Inhalts meiner Unterhaltung im Augenblick erinnern zu können. Ich habe inzwischen mir den Tatbestand wieder in die Erinnerung zu bringen gesucht und kann Ihnen heute denselben mitteilen, da glücklicherweise diese Unterhaltung einen Zeugen in der Person meines Associé gehabt hat, dessen Klient Herr Goerne gewesen ist. Ich habe mir von Herrn Dr. Bitter den Vorgang schriftlich wiedergeben lassen und bemerke dazu: nicht ich, sondern Herr Dr. Bitter war der Anwalt von Goerne, ich habe Herrn Goerne nicht aufgesucht, derselbe ist mir vielmehr von Dr. Bitter in meinem Bureau vorgestellt worden, weil man mich für seine Angelegenheit zu interessieren wünschte. Daraus dürfte sich erklären, daß ich mich tatsächlich neulich gar nicht mehr der besprochenen Dinge erinnerte und daß ich auch selbst nur mit Hülfe der Bitterschen Mitteilungen die Sache reproduzieren kann. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich dem ganzen, rein anwaltlichen Vorgang irgend eine Folge nicht gegeben habe und daß das Verhältnis zwischen Dr. Bitter und Goerne dadurch gelöst ist, daß Dr. Bitter Herrn Goerne verabschiedet hat. Der Inhalt des Gespräches selbst ist ein völlig belangloser. Ich verlese den Brief des Herrn Dr. Bitter:

Hamburg, 9. Dez. 1906.

Lieber Semler!

Mein damaliger Klient Goerne, für den ich dich interessieren wollte, war nicht 15 Jahre in deutschen Kolonien gewesen, sondern nur in Bolivien. Von einer kurzen Reise in Deutsch-Südwestafrika hatte er Kupferproben mitgebracht. Da er sich ein neues Geschäft aufbauen mußte, kam der Gedanke auf, seine Kenntnisse des Spanischen und seine sonstigen Erfahrungen für eine mit wenigen Hamburgischen Interessenten zu gründende Versuchsgesellschaft, die sich mit Minenbau, nicht mit Farmen, in Fernando Po beschäftigen sollte, auszunutzen. Von einer Beteiligung der Deutschen Bank ist nie die Rede gewesen. Was Goerne von der Aufstellung eines deutschen Konsuls und von der Anzettelung eines Putsches sagt, ist grobes, und vielleicht aus folgendem erklärliches Mißverständnis. Es wurde davon gesprochen, daß Spanien seine Kolonien schwerlich halten könne, sondern sie entweder veräußern oder durch Aufstand der Eingeborenen, etwa wie Kuba, verlieren werde. Das aber bedeute für eine deutsche Unternehmung keine Gefahr, im Gegenteil werde bei einer Veräußerung oder einem Aufstande immer die Nation den besten Schutz gewähren, welche wirtschaftliche Interessen ihrer Angehörigen zu verteidigen habe. Die Mitteilung des Kolonialdirektors über die gegen Goerne eingeleitete Untersuchung auf Geisteskrankheit ist richtig. Der Beschluß wurde in der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht ex officio gefaßt. Es handelte sich um ein Strafverfahren, welches die Oberpostdirektion Hamburg wegen Mißhandlung oder Beleidigung eines Briefträgers gegen Goerne veranlaßt hatte. (Folgt Unterschrift.)

Das Urteil über das Vorgehen des Herrn Erzberger überlasse ich dieser Kommission. Ich bitte, mich von der Geheimhaltung zu entbinden, damit hierdurch korrigiert werden kann, was in gehässiger Entstellung des Tatbestandes nun doch leider in die Oeffentlichkeit gedrungen ist."

Von Interesse ist die Feststellung des Herrn Semler, daß von einer Beteiligung der Deutschen Bank nicht die Rede gewesen ist, und daß er nicht zu einem Putsch aufgefordert hat.

§ **Ueber den Fall Peters** will die Regierung nunmehr die Akten veröffentlichen. Wenigstens behauptet eine Korrespondenz, daß eine Denkschrift darüber bereits dem Abschluß nahe wäre und ihre Veröffentlichung binnen kurzem bevorstehe. Es wird aber hinzugefügt: „Wenn nicht etwa noch im letzten Augenblick von der Gegenseite eine wirksame Kontremine gelegt wird." Wir lassen es dahingestellt, was an dieser Meldung Wahrheit und Vermutung ist. Jedenfalls wäre es das Zweckmäßigste, das Material unverkürzt zu veröffentlichen, wenn es der Regierung darum zu tun ist, daß die Affäre von der Tagesordnung verschwindet. — Dr. Arendt teilt in der gegen die Witwe des Kolonialdirektors Kayser gerichteten Erklärung noch mit: Dr. Kayser sei es gewesen, der die Wiederverwendung des Dr. Peters im Kolonialdienst gewünscht habe. Dr. Peters habe Schwierigkeiten gemacht, und Arendt habe infolgedessen auf Kaysers Wunsch vermittelt. Die Vermittelung gelang, und Dr. Peters wurde zum Landeshauptmann ernannt (Sommer 1895) unter der Bedingung, daß er zunächst Urlaub wegen kranker Augen erhalten sollte. Das Urlaubsgesuch, das Dr. Peters einreichte, diktierte Dr. Kayser dem Abgeordneten Arendt! — Sehr hübsch!

Das Auswärtige Amt soll nach dem nächstjährigen Reichshaushaltsetatsentwurf einer Umgestaltung unterworfen werden. Die 'B. Pol. Nachr.' teilen darüber folgendes mit:

Das Amt zerfällt gegenwärtig in vier Abteilungen. Die erste ist in zwei Unterabteilungen zerlegt, von denen die eine, die unmittelbar vom Staatssekretär geleitet wird, sich mit den Angelegenheiten der höheren Politik und den Personalien des auswärtigen Dienstes beschäftigt, die andere die übrigen Personalien, die Chiffre- und Kuriersachen, die Hof-Zeremoniell- und Etikettesachen, die Ordensangelegenheiten, die Etats- und Kassensachen, sowie Ausstellungs- und Unterstützungssachen u. s. w. bearbeitet. Die zweite Abteilung ist die handelspolitische, die dritte die Rechtsabteilung, die vierte die Kolonialabteilung. An der Spitze der zweiten und der dritten stehen die Direktoren v. Körner und v. Frantzius, der Direktorposten der Kolonialabteilung ist bekanntlich nicht besetzt, mit der Stellvertretung ist gegenwärtig Geh. Rat Dernburg betraut. Zunächst soll nun ein neuer Direktorposten, und zwar für die zweite Unterabteilung der polit. Abteilung geschaffen werden. Gegenwärtiger Dirigent dieser Unterabteilung ist der Wirkliche Geheime Legationsrat Dr. v. Schwarzkoppen. Sodann ist die Trennung der Kolonialabteilung vom Auswärtigen Amt beabsichtigt. Die letztere Absicht ist zwar in den Mitteilungen über die bisher vom Bundesrat genehmigten Etatsteile nicht enthalten, kann aber mit Sicherheit aus der Höhe der für das nächste Jahr in den Etat des Auswärtigen Amts eingestellten fortdauernden Ausgaben gefolgert werden. Diese Ausgaben sind mit 16,9 Millionen Mark angesetzt, während der Etat für 1906, der nach Ablehnung der Forderung des selbständigen Kolonialamtes durch den Reichstag, unter Beibehaltung der Kolonialabteilung beim Auswärtigen Amt 17,5 Mill. Mark vorsah. Es kann als ausgeschlossen gelten, daß die fortdauernden Ausgaben sich so vermindern sollten, wenn man nicht die Kolonialabteilung auszuscheiden die Absicht hegte. Außerdem stimmt die Angabe, daß sich diese Ausgaben gegen das Vorjahr um 0,5 Millionen Mark erhöhen, nur, wenn man die für die Kolonialabteilung ausgeworfenen Summen wegläßt. Man kann also mit Sicherheit annehmen, daß auch im nächstjährigen Reichshaushaltsetat in einem Spezialetat die Forderung auf Schaffung eines selbständigen Kolonialamts erhoben werden wird.

§ **Die neue Polenvorlage.** Trotz des Dementis der 'Kreuzzeitung' hält die 'Tägliche Rundschau' ihre Meldung, daß eine neue Polenvorlage in Ausarbeitung begriffen sei, welche unsere Ostmarkenpolitik durch Gewährung schärferer und geeigneterer Handhaben für den Kampf um den Boden auf gesündere Grundlagen stelle, „in allen Teilen aufrecht, weil die Quelle, aus der sie stammt, unanfechtbar ist und weil sie uns überdies noch von anderer, gleichfalls authentischer Seite ausdrücklich bestätigt worden ist." Man wird ja bald erfahren, ob etwas Wahres daran ist.

Ueber die polnische Wanderbewegung nach dem deutschen Westen erstattete auf dem in Krakau abgehaltenen 4. Kongreß der polnischen Juristen und Nationalökonomen Dr. Kasimir von Rakowski einen Bericht, der insofern von Interesse ist, als er die Frage vom polnischen Gesichtswinkel aus und auf Grund polnischen Materials beleuchtet.

Rakowski berechnet die Polen im Westen auf 400 000 bis 450 000 Seelen. Die Zahl wächst rasch. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zahl der Polen im westlichen Deutschland bald wenigstens eine halbe Million betragen wird. Von ihnen ist ein Zehntel in Vereinen organisiert. Diese bilden den Kitt für den nationalen und politischen Zusammenhalt der Auswanderer und verhindern, soweit es sich um ein anfässiges Polentum im Innern des Reiches handelt, dessen Aufgehen in der deutschen Umwelt. Am vollkommensten gelingt dies in Westfalen. Mehr als die Hälfte der Gesamtzahl polnischer Vereine in Deutschland fällt auf diese Provinz oder vielmehr auf die Zentren der Grubenbezirke, in denen sich hier die polnische Bevölkerung zusammendrängt. In den Großstädten (Berlin, Breslau, Dresden) gibt es wohl ein reges polnisches Vereinsleben, aber diese Vereine vermögen nur einen kleinen Teil der polnischen Bevölkerung zu erfassen; die große Masse geht unrettbar im deutschen Meere unter. Am schlimmsten ist dies in Berlin, wo es etwa 60 000 Polen gibt. Nur etwa ein Drittel von ihnen ist „national aufgeklärt" und höchstens 5000 kennen ein organisiertes Vereinsleben mit Versammlungen, Bibliotheken usw. Die andern Zehntausende sind verloren. Sie erscheinen in keiner polnischen Volksversammlung, sie lesen keine polnische Zeitung, sie gehören keinem polnischen Verein an, sie stehen außerhalb des Bereichs jeglichen polnischen Lebens, sie sind isoliert. „Sie verschwinden irgendwo im Schatten ohne Kampf und Widerstand, spurlos von dem Getriebe der großen Hauptstadt verschlungen, die Tausende und Abertausende in ihr Blut und in ihre Nerven umbildet und fortwährend ruft: mehr!"

Eine nachhaltige nationale Widerstandskraft entwickeln die Polen nur in den westfälischen Industriezentren.

○ **An den kommenden preußischen Landtagswahlen** wollte auch die Sozialdemokratie sich beteiligen. Diese Frage ist ein Punkt gewidmet welcher auf der Tagesordnung des noch in diesem Monat stattfindenden „Parteitages" steht. Nun wird aber eine Stimme laut, welche von einer Beteiligung der Sozialdemokraten an diesen Wahlen absolut nichts wissen will. In der offiziellen sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Neue Zeit" beschäftigt sich ein längerer Artikel mit dieser Frage. Der Verfasser, der Genosse Mehring sein soll, sagt u. a.:

„Es ist doch wohl an der Zeit, dem grausamen Spiele der ganz unnötigen Kraft- und Zeitverschwendung, die mit der sozialdemokratischen Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen getrieben wird, endlich ein Ziel zu setzen. Der „Parteitag" würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er mit einer Utopie aufräumen wollte, die alles andere eher ist als eine revolutionäre Utopie ist."

Nachdem eine so deutliche Ablehnung der Beteiligung gerade von dieser Seite erfolgt ist, darf man darauf gespannt sein, in welcher Weise der bevorstehende Parteitag der Sozialdemokratie zu dieser Frage Stellung nehmen wird. Tatsache ist ja, daß bisher schon verschiedene Genossen ebenfalls eine ablehnende Haltung eingenommen haben.

Ein protestantischer Pfarrer für die Aufhebung des Jesuitengesetzes! Das ist gewiß eine Seltenheit, aber eben darum verdient sie, der Oeffentlichkeit bekannt zu werden. Es ist der protestantische Pfarrer Adolf Schreiber in Wedlitz, der ein Schriftchen herausgegeben hat mit dem Titel: „Gegen das Jesuitengesetz" (Tübingen, Mohr, 50 Pfg.). Wenn dieser Mann auch noch von manchen Vorurteilen gegen die Jesuiten erfüllt ist, wenn er die Zulassung der Jesuiten auch nur unter dem Gesichtspunkte befürwortet, um „dem unerhörten Abfall vom evangelischen Kirchentum durch den Alarmruf: „Loyola ante portas" Einhalt zu tun", so hat er doch wenigstens den Mut, zu gestehen, daß die Fernhaltung der Jesuiten grundlos ist, daß „ein Teil der Waffen allmählich veraltet und stumpf geworden ist", mit denen der Protestantismus bisher den Jesuitenorden bekämpft hat. Hören wir seine eigenen Worte:

„Um es klipp und klar zu sagen: ich sehe keinen stichhaltigen Grund, um die Fernhaltung des Jesuitenordens, soweit er gesetzlich noch behindert ist, aufrecht zu erhalten und ihn als Handelsobjekt für unsere Staatsmänner und bis dahin als Agitationsstoff für die gegnerische Schwesterkirche zu reservieren. Denn an vollkommene „Niemals" und deutschen Canossatrotz zu glauben, wird nach gemachten Erfahrungen keinem im Ernst zugemutet werden können... Ich sehe wirklich nicht, was uns ernstlich hindern könnte, die Probe zu machen, ob nicht der Jesuitenorden durch seine Eigenart, Geschichte und Stellung zur römischen Kirche... ein gottgewolltes Werk ist zur Emporentwicklung evangelischer Art und Frömmigkeit. ... Um unserer lieben evangelischen Kirche willen, ich meine das wahrhaftig nicht als geschickten taktischen Schachzug, sondern aus dem Lebensinteresse evangelischer Frömmigkeit heraus: „Gebt der römischen Kirche, was sie glaubt und behauptet, nicht entbehren zu können, ihren Jesuitenorden ohne andere Beschränkungen, als das gemeine Recht für uns alle."

Alle Achtung vor der Freimütigkeit und dem Gerechtigkeitssinn dieses Mannes, nur schade, daß er eben ein weißer Rabe ist, der vom Gekrächze der Jesuitenfresser totgeschrien wird. —

Parlamentarisches.

Berlin, 12. Dez.

— **Ueber die Frage, ob der erste Nachtragsetat**, der am Dienstag von der Budgetkommission des Reichstages abgelehnt worden ist, noch vor den Weihnachtsferien zur zweiten Beratung kommt, gehen im Reichstag die Ansichten auseinander. Nach der einen Version soll die zweite Beratung erst nach Weihnachten stattfinden, nach der anderen soll sie bereits am kommenden Donnerstag beginnen. In letzterem Falle würde der Abg. Roeren auf den neulichen Fall Dernburg nochmals zurückkommen.

⊕ **Die Wahlprüfungskommission des Reichstages** hatte sich am Dienstag mit einer Frage von prinzipieller Bedeutung zu beschäftigen. Es handelte sich um die Frage, ob die in die Wählliste eingetragenen Wähler, die ihren Wohnsitz in einen anderen Wahlbezirk verlegt haben, bei der Nachwahl ihr Wahlrecht da ausüben können, wo sie eingetragen sind. Nach mehr als dreistündiger Beratung hat die Kommission diese Frage verneint. Danach ist es nach ihrer Auffassung zulässig, daß solche Wähler vom Wahlvorstand zurückgewiesen werden können. Die Frage wurde veranlaßt durch die Prüfung der Wahl des antisemitischen Abg. Zimmermann, mit welcher sich die Kommission am Dienstag zu beschäftigen hatte. Wenn sich das Plenum dem Beschluß der Kommission anschließt, so wäre die Wahl Zimmermanns gültig. Bereits wird aber darauf hingewiesen, daß die Entschließung der Kommission der Tradition widerspricht und zur Folge hätte, daß auch diejenigen Wähler ihres Wahlrechtes verlustig gehen könnten, welche zwischen Haupt- und Stichwahl ihren Wohnsitz verlegt haben. Jedenfalls werden sich im Plenum noch eingehende Erörterungen an diesen Beschluß knüpfen.

Belgien.

△ **Die Kongostaat-Debatte** wurde am Dienstag in der Kammer wieder aufgenommen. Carton de Wiart bestritt, daß die Berliner Kongoakte und die Freiheit des Handels verletzt worden seien. Er erklärte, die öffentliche Schuld im Kongostaate betrage 2,58 Francs auf den Kopf der Bevölkerung, sei also geringer als in den französischen und englischen Kolonien. Er stimme für Annektierung des Staates. — König Leopold hat dieser Tage im Laekener Schlosse einen Vertreter der „Publishers Preß" empfangen und sich mit ihm des längeren über den Kongo-Staat unterhalten. Dem Berichte über diese Unterredung entnehmen wir folgendes: „Es ist sonderbar," sagte der König, als die Rede auf die angebliche Mißverwaltung und die Grausamkeiten im Kongo-Staate kam, „welches Vergnügen eine gewisse Klasse von Leuten darin findet, ihr ganzes Leben lang andere Menschen zu verleumden. Ich glaube, niemand in ganz Europa ist als ein schwärzeres Scheusal gemalt worden als ich. Bei der Schilderung meiner Schlechtigkeit sind Ausdrücke gebraucht worden, die in gebildeter Gesellschaft nicht wiederholt werden können. Nero, so sagte man, war ein Heiliger im Vergleich mit mir. Ich bin ein Monstrum, dessen größtes Vergnügen darin besteht, hilflose Neger in Afrika zu martern." Scherzhaft beglückwünschte dann der König den Interviewer zu seinem Mute, in seine Nähe zu kommen, ohne zu zittern. „Lassen Sie doch sehen, ob Sie einen Revolver in der Tasche haben, um sich gegen mich zu verteidigen, oder haben Sie vielleicht ein Panzerhemd an? Was, wirklich nicht? Ich bin ganz überrascht. Halten Sie es klug, Ihr Leben so leichtsinnig aufs Spiel zu setzen?" Auf die Frage, es sei also nicht wahr, daß am Kongo so furchtbare Zustände herrschten, erwiderte der König: „Nicht als ein System der Regierung. Man sollte uns doch soviel zugestehen, daß wir ganz vernünftige Leute sind, selbst wenn man nicht zugeben will, daß außerhalb des eigenen Landes Humanität existiert. Es würde barer Unsinn sein, wenn wir die Schwarzen des Kongo-Freistaates mißhandeln würden; denn kein Staat kann prosperieren, dessen Bevölkerung nicht zufrieden ist und nicht zunimmt. Viele unserer Verleumder tun dies, weil sie ein Interesse daran haben. Ich leugne nicht, daß seitens der Kongo-Beamten Fälle von Mißverwaltung, wahrscheinlich auch Grausamkeiten und selbst Verbrechen vorgekommen sind. Vor den dortigen Gerichten hat eine Reihe von Prozessen wegen dieser Vergehen stattgefunden, die auch zu Verurteilungen geführt haben. Ich leugne aber, daß nicht alles getan worden ist, um der schlechten Behandlung der Eingeborenen nicht nur seitens der Weißen ein Ende zu machen, sondern auch seitens der Eingeborenen selbst, die seit Jahrtausenden nichts anderes getan haben, als einander zu töten, zu ... [illegible]." Auf die Frage, ob es wahr sei, daß er finanziell im Kongo-Staate interessiert sei und jährlich große Summen einnehme, antwortete der König: „Das ist eine Unwahrheit. Ich bin zwar der Herrscher des Kongo-Staates, aber die Prosperität des Staates hat auf meine Finanzen ebenso wenig Einfluß wie das Blühen der Vereinigten Staaten auf das Privatvermögen des Präsidenten Roosevelt. Ich habe nicht einen Pfennig im Kongo-Industrien angelegt, habe kein Gehalt bezogen für die Arbeit, die ich 22 Jahre lang als Exekutivbeamter des Kongo getan habe und habe finanziell nicht den geringsten Vorteil von meinen Beziehungen zum Kongostaate gehabt. Im Gegenteil, ich habe bedeutende Summen, die sich zusammen auf Millionen von Dollar belaufen, für die Entwicklung des Landes hergegeben. Vom finanziellen Standpunkt aus bin ich durch den Kongo nicht ein reicher, sondern ein ärmerer Mann. Die Entwicklung des Landes und die Besserung der Lebensverhältnisse der Eingeborenen sind das Ziel meiner Arbeit. Ich weiß, es gibt Menschen, die geistig so veranlagt sind, daß sie eine solche Behauptung nicht glauben können. Sie glauben aber bereitwilligst die Lügen, daß ich im Golde rolle, den sterbenden Eingeborenen ausgepreßt. Sie halten mich für eine boa constrictor, die das Leben aus den Schwarzen herauspreßt, nur damit Geld in meine Börse fließt. Aber weshalb sollte ich das tun? Welchen Wert hat Geld für mich? Ich stehe nicht am Anfang meines Lebens und kann mein Geld nicht mit ins Jenseits nehmen. Ich habe Geld genug für alle meine Bedürfnisse und verlange nicht nach mehr. Höher als dem Geizhals sein Gold steht mir das Bewußtsein, daß meine Arbeit am Kongo nicht umsonst gewesen ist. Aus einem afrikanischen Urwalde, bewohnt von Menschenfressern, hat der Kongo sich wunderbar entwickelt: seine Einkünfte haben sich seit seiner Gründung vor 22 Jahren von nichts auf 40 Millionen Mark gehoben. Aber das ist nichts im Vergleich zu dem, was die Zukunft bringen wird. Der Kongo ist das Land der Gummibäume, und der Zweck der sogenannten amerikanischen Kongo-Gesellschaft ist es, den zukünftigen Bedarf an Kongo-Gummi sicherzustellen. Es ist aber keine rein amerikanische Gesellschaft, sondern die Hälfte der Aktien ist in den Händen von belgischen Finanzleuten. Ich habe absolut kein finanzielles Interesse an der Gesellschaft, wohl aber der Kongostaat, dem, wie bei allen Konzessionen eine Anzahl Aktien unentgeltlich zugewiesen worden ist." — Das New Yorker Blatt „American" bringt eine ausführliche Schilderung von Greueltaten, die im Kongostaat vorgekommen seien, und leitet den Artikel mit der Behauptung ein, König Leopold habe 3 Jahre hindurch eine kostspielige Agitation im Washingtoner Parlament unterhalten, um zu verhindern, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine Aktion zum Schutz der Eingeborenen des Kongostaates unternehme.

Frankreich.

Die Haussuchung in der Pariser Nuntiatur. In der Deputiertenkammer interpellierte am Dienstag der Abg. Groussau den Ministerpräsidenten, aus welchen Gründen die Regierung heute in dem Gebäude der päpstlichen Nuntiatur eine Haussuchung vornehmen lassen. Er erinnert den Ministerpräsidenten daran, wie er selbst früher die Willkürlichkeit solcher Maßregeln, wie sie auch in diesem Falle vorliege, auf schärfste verurteilt habe. Die Regierung müsse sich also einem Verbrechen oder einem Vergehen gegenüber befunden haben, daß solche Maßregeln begründe. Welches ist dieses Verbrechen? Aus welchen Beweggründen hat die Regierung hierbei gehandelt? Die Frage ist um so mehr berechtigt, als sich in dem Gebäude noch die Akten der ehemaligen Nuntiatur befanden. Der Redner will nicht die Gedanken entwickeln, die sich aus diesem Grunde über das Vorgehen der Regierung aufdrängen könnten, verlangt aber Aufklärung. Er beschwert sich weiter darüber, daß die jüngsten Anweisungen der Regierung an die Präfekten und die Staatsanwälte schon im voraus die Ungesetzlichkeit der Abhaltung des Gottesdienstes ohne vorherige Anmeldung aufstellen. Es gebe Rechtsgelehrte, die eine Anmeldepflicht entschieden bestreiten.

Ministerpräsident Clemenceau (mit lebhaftem Beifall von der Linken empfangen), führte nach einem Telegramme der „Köln. Ztg." aus: Die Haussuchung ist nicht in dem Gebäude der Nuntiatur vorgenommen worden, sondern im Hause Nr. 10 der Rue de l'Elysée, und es ist durchaus gesetzlich dabei verfahren worden; denn ein Untersuchungsrichter leitete sie. Der Vorredner sagte, dieses Haus sei nicht wie jedes andere Haus; ich erwidere: Alle Häuser in Frankreich stehen unter dem französischen Gesetz; ausgenommen die Botschaften. Wenn unter den beschlagnahmten Papieren sich diplomatische Akten befinden, so wird man sie achten. Es ist Sache der Gerichte, die Akten zu prüfen und zu sagen, welche das Gericht zurückbehalten will. (Ribot: Nein, das ist Sache des Ministers des Auswärtigen!) Der Minister des Auswärtigen hat es in dieser Sache nicht an seiner Pflicht fehlen lassen, das möge Herrn Ribot genügen. Der ehemalige Sekretär der Nuntiatur, der dieses Haus bewohnt, erhielt, wie wir wußten, von Herrn Merry del Val Anweisungen, die er den französischen Bischöfen übermittelte. Auf unsere versöhnliche Haltung hat dieser uns mit einer Kriegserklärung geantwortet, und man bildete sich ein, daß wir die Dinge so weiter gehen ließen. Man hatte sich schon zu sehr daran gewöhnt, Schläge auszuteilen, ohne jemals welche zu empfangen; das hat sich jetzt geändert. Die Regierung wird alles, was wirklich zur Religion gehört, achten, aber ohne Gnade alles bekämpfen, was römisch-politische Aktion ist. Das ist heute erst der erste Akt; andere werden folgen. Die Regierung wird mit Entschlossenheit das bürgerliche Gesetz Frankreichs und die Unabhängigkeit der französischen Gesellschaft gegen Unternehmungen Roms verteidigen. Wenn sie jemanden sieht, der von dem Staatssekretär des Papstes Briefschaften empfängt und französischen Bischöfen Befehle übermittelt, das französische Gesetz zu vergewaltigen, so ist es Pflicht der Regierung, solche Dinge nicht zu dulden. Eine große Zahl von Bischöfen und Pfarrern wollten sich dem Gesetz von 1881 anpassen; sobald man aber sah, daß hiermit der Friede sich anbahnte, wollte man von diesem Gesetz nichts wissen. Man suchte einen Kriegsgrund und hat ihn gefunden. Nun wohl, wenn man den Krieg eröffnen will, so tut die Regierung das gleiche und sie beginnt heute damit. Die Regierung hat den ersten Kanonenschuß abgefeuert; aber die Schlacht hat damit noch nicht begonnen, noch kann man sie vermeiden. Mögen die Katholiken an die Zukunft ihres Glaubens denken! Die Regierung bietet ihnen seit langem das für alle bestehende Recht. Wenn sie sich damit begnügen, wird der Friede noch möglich sein; wenn sie aber den Krieg wollen, so werden sie ihn haben und die Regierung auf ihrem Fleck finden. (Lebhafter Beifall links.) Groussau erklärt sich von den Aufschlüssen des Ministerpräsidenten nicht befriedigt. Was das Gesetz von 1881 angehe, so sei es vollständig ungenügende für das Kultusregime. Wenn man den Katholiken keine Bürgschaften gibt, werden sie vor der Freimaurerei nicht zurückweichen. Ein Antrag des Abg. Maßabuau für eine Aenderung des Gesetzes von 1881 nach Bedürfnis seiner Anwendung auf die Kultusversammlung die Dringlichkeit zu erklären, wird mit Händeaufheben abgelehnt. Damit ist der Zwischenfall erledigt. Die Kammer lehnte die Tagesordnung, das Gesetz von 1881 abzuändern ab.

Großbritannien.

✦ **Die Unterrichtsbill** wird nicht Gesetz werden. Das ist die Ansicht aller politischen Kreise. Die Lords haben sie derart umgearbeitet, daß die Hoffnung, das Unterhaus, wie es jetzt zusammengesetzt ist, werde noch etwas aus der Bill machen können, so gut wie aussichtslos ist. Zwar hat Campbell Bannerman angekündigt, daß das Unterhaus sich in der nächsten Woche drei oder vier Tage mit der von den Lords umgearbeiteten Bill beschäftigen werde, aber das kann nur den Zweck haben, dem Lande zu zeigen, daß das Unterhaus nicht unversöhnlich ist, und den Lords dann das Odium der endgültigen Verwerfung der Bill zuzuschieben. Aus dem Umstande, daß drei bis vier Tage der Diskussion der veränderten Bill gewidmet werden sollen, kann man mit Sicherheit schließen, daß die Regierung nicht daran denkt, alle Aenderungen der Lords en bloc verwerfen zu lassen, wie es die extremen Anhänger der Bill, die Nonkonformisten, gern wünschten. Ueber diejenigen Amendements, welche Lord Crewe als Vertreter der Regierung im Oberhause gebilligt hat, und über einige andere wird es wohl im Unterhause zu Debatten und zu Abstimmungen kommen. Aber dem Oberhause wird mit diesem Entgegenkommen schwerlich gedient sein. Das Oberhaus glaubt seinerseits schon das äußerste Entgegenkommen bewiesen zu haben. Die streng konfessionellen Mitglieder des Oberhauses sind mit der Fassung, welche die Bill erhalten hat, gar nicht einmal zufrieden. Der Herzog von Norfolk und die anderen katholischen Peers haben gegen die Bill gestimmt; ebenso hat Lord Halifax, der extremste Vertreter der Interessen der englischen Staatskirche im Oberhause, seine Stimme dagegen abgegeben. Die Bischöfe haben sich zuletzt der Stimmenabgabe enthalten, um darzutun, daß es nicht richtig sei, von einer „Bill der Bischöfe" zu sprechen. Damit ist, in der Anschauung des Oberhauses, genug Entgegenkommen bewiesen. Das Unterhaus wird nun seinerseits Entgegenkommen zeigen, aber an eine Einigung ist kaum zu denken. Die Regierung steht anscheinend auf dem Standpunkte, daß der konfessionslosen Staatsschule doch die Zukunft gehört, und daß es weniger darauf ankommt, in welchem Jahre die gesetzgeberische Regulierung der ganzen Frage kommt. Darum wird die Regierung, wenn die jetzige Unterrichtsbill ihres natürlichen Todes sterben sollte, die ganze Frage in der nächsten Parlamentssession von anderer Seite her angreifen.

Marokko.

⊕ **Der heilige Krieg.** In allen Moscheen in einem Umkreise von 30 Meilen von Tanger verkündeten öffentliche Ausrufer, daß eine christliche Invasion bevorstehe und ermahnte das Volk, sich auf den heiligen Krieg vorzubereiten. Die Ausrufer fügten hinzu, daß Raisuli alle diejenigen, die nicht im Besitze von Geld, Gewehren und Munition seien, damit versehen würde. — Die „Köln. Ztg." meldet aus Tanger vom 11. Dezember: Nachrichten über die Aufforderung Raisulis an die Eingeborenen zum Vorgehen gegen die Christen scheinen sich zu bestätigen. Durch die fortgesetzten Drohungen der hiesigen Lokalpresse mit der Landung von Truppen sucht Raisuli Anhang zum Widerstand zu sammeln. Die bevorstehende Ankunft eines Sultanheeres dürfte auf die Stämme beruhigend wirken. Tanger soll durch einen Kordon von Raisulis Gebiet getrennt werden, was vermutlich den Klagen über die Uebergriffe des Vertreters Raisulis ein Ende macht.

Kirchliche Nachrichten.

Ⅱ **Barleben-Langerhütte** in der Altmark, 10. Dez. Uns wird geschrieben: Einen überaus freudigen und ereignisvollen Tag hatte am letzten Sonntag die hiesige katholische Gemeinde. Was schon seit vielen Jahren Wunsch und Sehnen gewesen, das ist nun erfüllt worden. Zum erstenmale ist heute seit den Tagen der sog. Reformation in einem Saale des Gasthauses Seyffert das heilige Meßopfer durch den hochw. Herrn Dechanten Simon aus Stendal gefeiert worden. Nur ein glückliges, frommes Gemüt kann die Freude mit den hiesigen Gemeindemitgliedern mitfühlen, die dieser schöne Tag brachte. Möchte Gottes Segen auf diesem Beginnen ruhen. Jahrzehnte mußten die hiesigen Katholiken bei Wind und Wetter an Sonn- und Festtagen in aller Frühe den beschwerlichen Weg nach Stendal antreten, um dort dem hl. Meßopfer beizuwohnen. Wie gut haben es dagegen unsere Glaubensbrüder. Darum hofft und vertraut man nun in unseren armseligen Verhältnissen mit einer Geldspende, und sei sie noch so klein. Wie sind arm, es fehlt es noch alles: Bauplatz, Kapelle, Paramente, Priester, Lehrer und Schule. Willst du dem Christkindchen eine Freude machen, dann sende eine Gabe an Dechant Simon in Stendal, oder an Kaufmann Karl Grosche in Barleben-Langerhütte oder an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

○ **Prag**, 10. Dez. Gräfin Maria von Galen, Tochter des Grafen Wilderich Leonard von Galen und seiner Gemahlin Antonia geb. Freiin von Weichs zur Wenne, ist bei den Benediktinerinnen zu St. Gabriel in Smichow bei Prag als Klosterfrau eingetreten. Es mag bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, daß aus der Ehe des 1880 verstorbenen Erbkämmerers Mathias Grafen von Galen und seiner 1884 verstorbenen Gemahlin Anna geb. Freiin von Ketteler und deren Nachkommen bis jetzt 1 Bischof, 7 Priester und 10 Klosterfrauen hervorgegangen sind.

Städtische Nachrichten.

(Nachdruck der mit Originalzeichen versehenen Berichte nur mit deutlicher Quellenangabe „Westf. Merk." gestattet.)

Münster, 12. Dezember.

∗ **Das Konzert des erblindeten Pianisten Albert Menn** hatte gestern abend ein zwar nicht sehr zahlreiches, aber um so aufmerksameres und dankbares Auditorium in der Aula des städtischen Realgymnasiums versammelt. Neben Beethoven und Bach figurierten auf dem Programm R. Schumann, Chopin, Brahms, Liszt u. a. Herr Menn verbindet mit einer glänzenden Technik einen guten Vortrag und geistige Vertiefung, was bei einem erblindeten Künstler um so höher zu schätzen ist. Wenn ein Pianist seine Zuhörer ausschließlich mit Klaviervorträgen bis zum Schluß in Spannung und Aufmerksamkeit erhält, so ist das der beste Beweis für die Qualität der Leistungen, und das war gestern abend der Fall. Die Variationen in A-dur von Paderewski wurden mit glänzender Technik gespielt und fanden besonderen Beifall. Das Konzert schloß wirkungsvoll ab mit dem frischen Vortrage der Ungarischen Rhapsodie Nr. 11 von Liszt. Der klangvolle Ibach-Flügel aus dem Magazin von C. Bisping kam dem Künstler bestens zu statten.

⊕ **Das dem heutigen Brande** zum Opfer gefallene Gebäude der Magazingenossenschaft am Alten Steinweg hatte insofern einen historischen Charakter, als daselbst am 24. September 1884 Kaiser Wilhelm I. zum Besuche der altangesehenen adeligen Familie v. Fürstenberg-Herdringen abstieg. Die Feuerwache weilte noch über Mittag hinaus an der Brandstelle, da die Feuerfunken und Rücherreste, welche aus der zum Teil noch nicht eingestürzten Balkenlage der ersten Etage herniederstürzten, ein erneutes Aufflammen befürchten ließen. Von dem ganzen Gebäude steht nur noch die nach der Straße gelegene Giebelwand.

Hausſparkaſſen. Dem Vernehmen nach beabsichtigt unsere städtische Sparkasse, der wir schon manche geschickte Maßnahme für die günstige Verzinsung der Spareinlagen und die Belebung des Interesses weitester Kreise der Bürgerschaft für das Sparen verdanken, neuerdings wiederum eine Einrichtung von weittragender Bedeutung für die Förderung und Belebung des Sparsinnes der Bürgerschaft zu schaffen. Als besonders wirksames und bequemes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes hat man neuerdings die sogenannte Haussparkasse erkannt, deren Einführung die Verwaltung zurzeit in die Wege leitet. Die „Haussparkasse" besteht in einer aus Stahlblech gefertigten eleganten Sparbüchse mit sicherem Verschluß, deren Schlüssel stets auf der Sparkasse bleibt. Diese Sparbüchse soll den Familien der Bürgerschaft leihweise überlassen werden, und bezweckt das Ansammeln kleiner Geldbeträge, die für sofortige Einzahlung bei der Sparkasse zu gering sind und daher vielfach oder wohl immer, wenn eine Hausparbüchse nicht aufgestellt ist, verloren gehen oder als unnütz ausgegeben werden. Diese Sparbüchse wird zu bestimmten Zeitabschnitten zur Sparkasse befördert, dort unter den Augen des Eigentümers geöffnet, der Inhalt aufgezählt und in ein oder mehrere Sparkassenbücher, wie beliebt wird, verzinslich eingetragen. Die Einführung dieses Systems, womit die Verwaltung schon seit Jahresfrist beschäftigt ist, war in den bisher beschränkten Räumlichkeiten schlecht ausführbar, da der Verkehr durch dieses Sparsystem an der Zählbank viel Platz und viel Zeit verlangt. Nun das neue Sparkassengebäude an der Klemens- und Ludgeristraßenecke seiner Vollendung entgegengeht, soll die Einführung der Haussparkasse bald vor sich gehen, wozu wir der Verwaltung bestens Glück wünschen.

△ **Volksbureau** (am Verspoel Nr. 6, 1 Treppe hoch). Während des Monats Nov. 1906 wurden 409 Auskünfte erteilt und 56 Schriftsätze angefertigt. — Die im Monat Nov. 1905 gelösten Jahreskarten sind abgelaufen und bedürfen der Erneuerung. — Auf dem Hauptarbeitsnachweis, ebenfalls Verspoel 6, 1 Treppe hoch, Fernsprechanschluß 427, wurden angemeldet im Monat Nov. d. J. von 189 Arbeitgebern 272 Stellen, davon für ungelernte Arbeiter bezw. Arbeiterinnen 153, für gelernte Arbeiter 76 und für Gesinde 43 Stellen. — Arbeitsuchende meldeten sich 356, und zwar ungelernte 191, (davon auswärtige 106), gelernte 122 und Gesinde 43 (männlich 19, weiblich 24). Dem Gesinde konnte fast ausnahmslos und den gelernten Arbeitern zu zwei Dritteln Arbeit nachgewiesen werden. Von den ungelernten Arbeitern erhielten 40 pCt. eine Arbeitsstelle.

Neue Fernsprechanschlüsse.

175	Gendarmerie-Brigade, Augustastr. 24.
163	Grünewald, Bernard, Gasselstr. 3.
1263	Janssen, Joh. G., Hafenstr. 4.
1279	13. Kavallerie-Brigade, Gartenstr. 10.
1264	Kirchhoff, Paul, Staufenstr. 34.
1260	Konfert, H., Heistr. 6.
1271	Mau u. Comp., Dortmunderstr. 17.
1219	Riels, Jos., Windthorststr. 17.
1268	Schneider, Robert, Wehrstr. 15.
1273	Zeben, Dr., Wolbeckerstr. 8.
1258	Tobbenroth, B., Weselerstr. 38.
1267	Velhacke, Achtermannstr. 26.
1265	Voigtel, Gertrudenstr. 38.

Provinzielle Nachrichten.

⊕ **Warendorf**, 12. Dez. Im Laufe des Jahres 1907 werden im hiesigen Amtsgerichtsbezirke für die Gemeinden Harsewinkel, Greffen und Marienfeld die Gerichtstage am 7. Januar, 4. Februar, 4. März, 15. April, 6. Mai, 3. Juni, 1. Juli, 7. Okt., 4. November und 2. Dezember im Hause des Gastwirts Wilhelm in Harsewinkel und für die Gemeinden Ostbevern und Milte am 31. Januar, 14. März, 25. April, 6. Juni, 11. Juli, 19. September, 7. November und 19. Dezember im Hause des Kaufmannes Evens in Ostbevern abgehalten werden.

□ **Freckenhorst**, 12. Dez. Ihr 25jähriges Jubiläum kann im nächsten Jahre die unter Leitung des Herrn Pfarrdechanten Schwieters stehende landwirtschaftliche Winterschule begehen. Wie verlautet, sind der 3. und 4. Februar als Festtage in Aussicht genommen. Am ersten Tage findet abends Fackelzug mit nachfolgendem Kommers statt. Die Feier am zweiten Tage beginnt mit Festgottesdienst in der Pfarrkirche, dem sich eine Feier in der Winterschule anschließt. Mittags findet im Gasthofe Heuer ein gemeinschaftliches Essen mit nachfolgendem Konzert statt. Zu der Feier werden an sämtliche frühere Schüler Einladungen ergehen.

⊙ **Ibbenbüren**, 12. Dez. Durch Nichtbeachtung einer anscheinend geringfügigen Verletzung ist die Ehefrau des Kolon B. in der Bauerschaft Bockraden zu Tode gekommen. Die Frau hatte sich eine Verletzung am Kopf zugezogen, der sie nicht eher eine Beachtung schenkte, bis der Kopf erheblich anschwoll. Der nunmehr hinzugezogene Arzt konstatierte Blutvergiftung, der die Bedauernswerte erlag.

∗ **Burgsteinfurt**, 11. Dez. Am Sonntag, den 16. Dezember, findet hier eine Versammlung der selbständigen Schneidermeister des nördlichen Münsterlandes statt. Die geschäftlichen Beratungen betreffen die Aufstellung eines gemeinsamen Lohntarifes und die Gründung einer Einkaufs-Genossenschaft.

§ **Witten**, 12. Dez. Oberbürgermeister Dr. Haarmann in Witten bittet uns, Nachstehendes zu veröffentlichen: „Die Größe des durch die Explosion der Roburitfabrik in Witten am 28. November angerichteten Schadens und die Zahl derjenigen, welche dauernd unterstützungsbedürftig bleiben werden, steht zwar noch nicht genau fest, doch läßt sich übersehen, daß es bedeutender Mittel bedürfen wird, um den in der Stadt Witten und der Nachbargemeinde Annen in Mitleidenschaft gezogenen Personen wirksam zu helfen. Besonders fällt ins Gewicht, daß die Opfer der Explosion in der großen Mehrzahl nicht in ihrem Berufe verunglückt sind, somit die Hinterbliebenen und die Erwerbsunfähigen Unterstützungen aus Kassen gar nicht oder, in einzelnen Fällen, nur in geringem Maße zu erwarten haben. Ein großes Kapital für dauernde Unterstützungen muß deshalb festgelegt werden. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die Höhe der Spenden vielfach übertrieben angegeben wird. So ging in diesen Tagen die Mitteilung durch die Presse, daß eine Aktiengesellschaft 100 000 Mark gespendet habe; der tatsächliche Betrag war aber nur der hundertste Teil der Summe. Durch solche Uebertreibungen könnte leicht Jemand zu dem Glauben kommen, daß die Quellen zu reichlich flössen und es seiner Hülfe nicht bedürfe. Weitere Hülfe ist aber dringend erforderlich, da die bisher eingegangenen oder in Aussicht gestellten Beträge bei weitem nicht ausreichen."

§ **Hagen**, 11. Dez. Seit einiger Zeit macht sich namentlich im Hagener Gebiet eine Mißstimmung über die bisherige Wirksamkeit des Elektrizitätswerkes Mark geltend. Vor allem herrscht Unmut über die seitens dieser kommunalen Genossenschaft in Verbindung mit Dortmund und „Westfalen", mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk vergeblich gepflogenen Verhandlungen, wurde gegenseitiger Beschuldigung, wie dies z. B. die Besprechung der Angelegenheit in der Amtsversammlung der Landgemeinde Lüdenscheid erkennen läßt. (Vgl. Nr. 618.) Um dem entgegenzutreten, äußert sich der Vorsitzende der A. E.-W. Mark, Erster Bürgermeister Cuno-Hagen, in einer Denkschrift. Es heißt darin: „Die für den Bedarf des A. E.-W. Mark erforderlichen beiden Turbinen (je 3000 Kilowatt) sind auf Beschluß des Aufsichtsrats sofort nach Gründung der Aktiengesellschaft bestellt worden. Sie gelangen vertragsmäßig die erste im September, die zweite im Oktober 1907 zur Ablieferung. Von der Zeit der Lieferung der Turbinen hängt die Inbetriebsetzung des Werkes und damit jede andere Bauarbeit ab; vorzeitige Fertigstellung der Bauten würde Zinsverlust bedeuten. Deshalb ist der Aufsichtsrat in der Lage, den Beginn der Bauarbeiten und die endgültige Entscheidung über die anzukaufenden Grundstücke bis Ende Januar 1907 hinauszuschieben, ohne die Fertigstellung des Werkes zu verzögern. Das Werk muß im November 1907 in der Lage sein, Strom zu liefern. Es hat sich verschiedenen industriellen Unternehmen gegenüber rechtsverbindlich verpflichtet, am 1. Januar 1908 Strom zu liefern; die Stadt Hagen und die Akkumulatorenfabrik brauchen gleichfalls im November 1907 unbedingt Strom. Die für das Werk erforderlichen Kabel im Werte von 2 Millionen Mark sind bestellt; mit dem Abruf zögert der Aufsichtsrat, weil es Verschwendung wäre, die Kabel jetzt, bei teuren Kupferpreisen, zu übernehmen und im Frühjahr zu verlegen, während erst im November Strom geliefert werden kann. Weil aber alle Interessenten, insbesondere Fabrikbetriebe, die vor Erweiterung ihrer Maschinenanlagen stehen, an möglichst schleuniger Stromlieferung Interesse haben, verhandelte man mit der Stadt Dortmund, mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk in Essen und mit der Elektrizitätsgesellschaft Westfalen in Bochum wegen provisorischer Stromlieferung. Gelänge solche, so würde es möglich sein, schon im Juni Strom abzugeben. Die Verhandlungen mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke sind gescheitert, weil dieses die provisorische Stromlieferung abhängig machte von der Zusage späterer dauernder Stromentnahme. Mit dem R.-W. E. führt der Aufsichtsrat des A. Elektrizitätswerkes Mark zurzeit keine Verhandlungen. Die Verhandlungen mit der Stadt Dortmund und der Elektrizitätsgesellschaft Westfalen in Bochum über Gründung einer Gesellschaft m. b. H. zur gemeinsamen Errichtung einer Zentrale für den Bedarf der drei Werke oder anderweite Stromlieferung an die Werke im Anschluß an das Provisorium haben ihren Grund darin, daß die beiden Werke Dortmund u. Westfalen sich mit dem R.-W. E. Essen in das östliche Teil des Industriebezirks teilen müssen, deshalb lebhaften Konkurrenzkampf mit diesem führen und daher auch ein gewisses Interesse daran haben, daß das A. E.-W. „Mark", das gegenüber jenen drei Werken in Bezug auf Erzeugung und Absatz ungünstigere Bedingungen hat, in Stand gesetzt wird, ebenso billig Strom zu bekommen, wie die E.-G. Westfalen in der Stadt Dortmund. Bei diesen Verhandlungen müssen allerdings die Gesamtbedürfnisse des Industriebezirks erwogen werden und können möglicherweise Verhandlungen mit dem R.-W. E. Essen nicht vermieden werden. — Erster Bürgermeister Cuno ist, entgegen dem Urteil des Vorsitzenden der Amtsversammlung des Amtes Lüdenscheid, der Ansicht, daß die Industriellen des Bezirks, die Strom brauchen, für die Phase der kommunalen Selbständigkeit keinen Pfennig zahlen; daß für sie vielmehr entscheidend ist, ob sie den Strom um 1 oder 2 Pfennig billiger bekommen; daß sie sich geradezu in ihrer wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit zurückgesetzt fühlen würden, wenn sie höhere Strompreise zahlen müßten, als im eigentlichen Industriebezirk gezahlt werden. Es sei Pflicht des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, bis zum letzten Augenblick alle Möglichkeiten zu erwägen, die unserm Bezirk die billigere Beschaffung der elektrischen Energie, als bei Erbauung einer eigenen, nur für das Gebiet des kommunalen Elektrizitätswerkes „Mark" bestimmte Zentrale möglich ist, sichern könnte. Scheiterten diese Verhandlungen, so beginne am 1. Februar 1907 der Bau der eigenen Zentrale, die im November 1907 betriebsfähig sein wird. Gelängen sie, so hätten die Industriellen schon im Juni 1907 billigen Strom.

∗ **Oberhausen**, 11. Dez. Eine Frankfurter Firma erhielt gestern von einem hiesigen Kunden eine Girobüberweisung im Betrage von einigen hundert Mark, die nicht im Verhältnis zu der großen Zahlung stand, die der Kunde leisten wollte. Auf telegraphische Anfrage wurde der Frankfurter Firma der Bescheid, daß der Hauptbetrag des Geldes am Samstag in einem Wertbrief, der mit 20 000 Mark deklariert sei, bei der Post in Oberhausen laut vorhandener Quittung aufgeliefert wurde. Da der Brief bis heute nicht eingetroffen ist, hat es den Anschein, als ob er unterwegs in Verlust geraten ist. Die Postverwaltung hat sofort eingehende Recherchen nach dem Verbleibe des Wertbriefes eingeleitet, die aber bisher kein Ergebnis hatten. — Ueber das Vermögen des „Allgemeinen Konsumvereins für Oberhausen und Umgegend", e. G. m. b. H., ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Die erste Gläubigerversammlung findet am 4. Januar 1907 statt.

∗ **Köln**, 11. Dez. Nach dem Genuß von Fischen war kürzlich im Vorort Lindenthal eine Familie lebensgefährlich erkrankt. Nunmehr ist der Mann gestorben, während die übrigen Familienmitglieder, Frau und drei Kinder, schwer krank darniederliegen.

§ **Hannover**, 12. Dez. In Münden erhängte eine Frau ihre drei Kinder und sich selbst. Das Motiv zur Tat soll in Nahrungssorgen zu suchen sein.

Deutscher Buchdrucker-Verein

Kreis II (Rheinland-Westfalen).

△ **Köln**, 11. Dezember.

Die gestrige dritte außerordentliche Kreisversammlung im Kasinosaal eröffnete der langjährige Vorsitzende, Herr J. B. Heimann-Köln, der dann wegen vorgerückten Alters und geschwächter Augen sein Amt in die Hände eines jüngeren Kollegen, Herrn Alfred Neven Du Mont-Köln, legte. Dessen Wahl wurde einstimmig mit Beifall vorgenommen.

Herr H. Otto-Krefeld feierte Herrn Heimann in warmen Worten wegen seiner 16jährigen überaus erfolgreichen und opferwilligen Tätigkeit im Interesse der rheinisch-westfälischen Kollegenschaft. Die Verdienste des Zurücktretenden seien besonders in der Zeit des Wiedereintrittes der rheinisch-westfälischen Buchdrucker in den Deutschen Buchdruckerverein und in die deutsche Tarifgemeinschaft in die Erscheinung getreten. Redner sprach Herrn Heimann den herzlichen Dank der Versammlung aus mit dem Wunsche, daß seine wertvolle Mitarbeit noch lange dem Kreisverband erhalten bleiben möge. Zugewählt in den Vorstand wurde als zweiter stellvertretender Vorsitzender Herr Franz L. Bachem-Köln. Der Jahresbeitrag wurde für jeden beschäftigten Gehilfen von 1.75 auf 3.00 Mk. erhöht.

Der neue Vorsitzende berichtete alsdann über die Maßnahmen zu der Erhöhung der Drucksachenpreise, die der ab 1907 in Kraft tretende erhöhte Lohntarif und die Preissteigerung aller Materialien nötig macht. Man beschloß einstimmig die Versendung eines allgemeinen Rundschreibens an die Kundschaft, in welchem eine Erhöhung der Drucksachenpreise um 10 Prozent gegenüber der andauernd zurückgegangenen Ertragsfähigkeit des Buchdruckergewerbes als unabweisbare Notwendigkeit dargestellt wird. Die deutschen Buchdruckereibesitzer stehen in dieser wichtigen Frage einmütig zusammen; sie haben zwecks Wahrung des Friedens in ihrem Gewerbe den neuen Lohntarif angenommen, nicht zuletzt im Interesse der durch einen etwaigen Lohnkampf mit geschädigten Allgemeinheit. Sie haben sich im ganzen Deutschen Reiche in bindender Form verpflichtet, sich nicht durch gegenseitiges Unterbieten Konkurrenz zu machen. Gegen böswillige Konkurrenten werden entsprechende Maßregeln unnachsichtlich angewandt. Von der Einsicht der Auftraggeber wird freundliches Verständnis für die neue Lage des Gewerbes erbeten, mit der Bitte, ihren bisherigen Druckereien treu zu bleiben.

Die Veröffentlichung dieses Rundschreibens soll allgemein im Anzeigenteil der Presse in Rheinland-Westfalen erfolgen. Außerdem geschieht die Bekanntmachung seines Inhalts seitens des Leipziger Hauptverbandes des Deutschen Buchdruckervereins in geeigneter Weise bei allen höheren Staats- und Gemeindebehörden.

Zur Schlichtung von Wettbewerbs- und anderen Streitigkeiten unter den Prinzipalen des Kreises wurde ein Ehren- und Schiedsgericht gebildet, als dessen Mitglieder man folgende zehn Herren wählte: Dr. Max Heimann-Köln, Gustav Bechtold-Köln, Fritz Bagel-Düsseldorf, Jos. Lönnes-Düsseldorf, Anton Hüffer-Münster, Karl Riggemann-Barmen, Otto Schumann-Elten, Rob. Hamel-Düren, C. H. Jude-Ruhrort, Louis Crüwell-Dortmund.

Zur Herbeiführung eines gedeihlichen Zusammengehens zwischen Buchdruckereibesitzern und Zeitungsverlegern — vielfach decken sich die betreffenden Prinzipale — wurde begreiflicherweise oder ortsweise Verständigung empfohlen, behufs Erreichung der notwendigen Preiserhöhungen für Bezug und Anzeigen der Zeitungen. Die Zeitungsbetriebe beschäftigen die weitaus größte Mehrzahl der Gehilfen. Eine mittlere Zeitungsdruckerei hat schon eine Lohnerhöhung von 9 bis 10 000 Mk. jährlich ab 1. Januar aufzuweisen. Zur Herbeiführung der örtlichen Verständigung sollen in jeder Stadt noch vor Neujahr entsprechende Vereinbarungen stattfinden. In einer Reihe rheinisch-westfälischer Städte sind die bezüglichen Vorbereitungen im besten Gange.

Vermischtes.

Hamburg, 12. Dez. Wie jetzt festgestellt worden ist, sind bei dem heute im Hafenbahnhof erfolgten Zusammenstoße des Föhndampfers „Alsphalt“ mit der Motorbarkasse fünf Personen umsleben gekommen. Sämtliche Verunglückte waren Familienväter. — Heute nachmittag entgleisten kurz vor der Einfahrt in den Hauptbahnhof drei Wagen eines Güterzuges. Unter den entgleisten Wagen befindet sich ein Petroleumtankwagen, dessen Inhalt infolge einer Beschädigung auslief. Die Züge nach und von Kiel werden einstweilen über das Stadtbahngeleise geführt. Die hannoverschen Züge fahren bis auf weiteres vom Hannoverschen Bahnhofe ab.

Frankfurt a. M., 12. Dez. Der gestern Abend um 8.00 Uhr von Köln hier einlaufende Zug fuhr mit 2 Maschinen einem Güterzug, der auf dem Bahnhofe stand, in die Flanke. 3 Wagen des Güterzuges wurden zertrümmert. Der Maschinist des einfahrenden Zuges erlitt eine so heftige Erschütterung, daß er ohnmächtig wurde. Sonst sind Personen nicht verletzt. Der Materialschaden ist nicht unbedeutend.

Kassel, 11. Dez. In dem Mordprozeß gegen den Möbelhändler Meyer (die Leiche im Koffer) wurde nach fünftägiger Verhandlung vom Schwurgericht heute nacht das Urteil gefunden. Meyer wurde wegen Raubes und Totschlags zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. Dez. **(Telegramm.) Reichstag.** Am Bundesratstisch: Staatssekretär Frhr. v. Stengel und Landwirtschaftsminister v. Arnim.

Fortsetzung der Besprechung über die Fleischteuerung.

Abg. Paasche (natl.) erklärt namens seiner Partei, an den vorjährigen zur Fleischnot ausgesprochenen Grundanschauungen festzuhalten. Im Interesse der viehzüchtenden Landwirtschaft sei es notwendig, die stabilen Verhältnisse zu erhalten, vor allem die Viehbestände der Landwirtschaft gegen Seuchen aller Art zu schützen. Die veterinärpolizeilichen Maßregeln sind gerade im Interesse der Viehzüchter notwendig.

Trotzdem leugnen wir selbstverständlich nicht, daß vielfach durch die Fleischteuerung Mißstände entstanden sind. Wir geben zu, daß die hohen Fleischpreise eine schwere Kalamität herbeigeführt haben und daß in gewisse Bevölkerungskreise eine Beunruhigung hineingekommen ist, die nicht dazu beiträgt, die innerpolitischen Verhältnisse günstiger zu gestalten. Deshalb können wir nicht umhin, der Regierung den Vorwurf zu machen, daß sie diese ganze Bewegung eine zeitlang scheinbar ignorierte. Wir glauben, wir haben recht, der Regierung den Vorwurf zu machen, daß sie diese ganze Bewegung länger bestehen ließ, ohne nur ein einziges Mal Beruhigung in die Bevölkerung hineinzutragen. (Zustimmung.) Überlegt wie jetzt die Regierungen Maßnahmen zur Abhilfe durch die Herabsetzung von Transportkosten und Fleischbeschaufristen treffen können, hätten sie dies schon früher tun können. Wenn jetzt die Regierung auseinandersetzt, daß die Oeffnung der Grenzen wahrscheinlich kaum etwas helfen wird, so hätte man dies auch schon vor Monaten sagen können. Dadurch wäre ein großer Teil der Ungezufriedenheit unterdrückt worden. Es ist nicht zu leugnen, daß bei den Agitationen vielfach Uebertreibungen schlimmster Art unterlaufen sind. Anzuerkennen ist auch, daß tatsächlich von einer Unterernährung des Volkes nicht die Rede sein kann. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es ist bereits festgestellt, daß die Fleischnot oder Fleischteuerung namentlich für Schweinefleisch ihre Ursachen in der wirtschaftlichen Entwickelung hat.

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (k.): Die Viehpreise sind in der letzten Zeit derart gesunken, daß nicht einmal mehr von einer Fleischteuerung gesprochen werden kann. Trotzdem überflutet die Sozialdemokratie die Bevölkerung mit Flugblättern, die das Menschenmögliche leisten. Daß unsere Schweinezucht einen gewaltigen Aufschwung genommen hat, kann nicht geleugnet werden. Die Viehpreise sind enorm gefallen, da heute bereits eine Ueberproduktion an Jungvieh stattfindet. Er sei überzeugt, daß wenn die Preise jetzt auch sinken, sie doch nicht dauernd auf dem Standpunkt bleiben können, den sie früher innegehabt haben. Die Preise würden wahrscheinlich dauernd hoch bleiben, weil ja alle Löhne gestiegen sind. Es sei die erste Pflicht, dafür zu sorgen, daß die deutsche Landwirtschaft und Viehzucht vor allen möglichen Gefahren bewahrt bleibt. Wir wollen die Landwirtschaft schützen um den Konsumenten zu nützen. Ich bedaure noch einmal, daß die Regierung nicht schon vor Monaten beruhigende Erklärungen abgegeben hat. Ich hoffe, daß die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen wesentlich dazu beitragen werden, daß die preissteigernde Wirkung des Zwischenhandels und der Schlachthäuser nicht weiter fortschreitet. Das kann geschehen, ohne daß die Landwirtschaft gezwungen wird, auf den berechtigten Lohn zu verzichten. Wir verlangen, daß die Regierung alle Mittel ergreift, die eine Besserung ermöglichen. Ich spreche nicht im Interesse des Großgrundbesitzes, sondern für den kleineren und mittleren Viehzüchter, der ein legitimes Interesse an stabile Preise und die Möglichkeit der Fortsetzung seiner Viehzucht hat. (Beifall.)

Es heißt in einem solchen Flugblatt, die Teuerung sei künstlich geschaffen worden, um den Grundbesitzern die Taschen zu füllen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Flugblätter lediglich Agitationszwecken dienen, geht klar aus einem Flugblatt hervor, daß sich die Arbeiter der Agitation anschließen und den „Vorwärts“ lesen sollen. (Lachen rechts; Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist eine große Uebertreibung, von der Gefahr der Unterernährung des Volkes zu sprechen. Die Produktion hat sich in den letzten 30 Jahren sehr erheblich vermehrt. Es werden heute 95 Prozent Fleisch im Inlande produziert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Produktionskosten und Löhne unverhältnismäßig gestiegen sind.

Berlin, 12. Dez. **(Tel.)** Die Budgetkommission des Reichstags beriet in der heutigen Sitzung den 2. Nachtragsetat für die Schutzgebiete, welcher 8 900 000 M. für den Weiterbau der Bahn Lüderitzbucht—Keetmanshoop fordert. Nach längeren Darlegungen des Geologen Prof. Hahn, des Farmers Schlettwein und des Kolonialdirektors Dernburg über die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien erklärte Abgeordneter Spahn (Zentrum), die heutige Sitzung habe dahin aufklärend gewirkt, daß den Kolonien in wirtschaftlicher Beziehung ein höherer Wert zugesichert sei. Seine und seiner Freunde Sympathie sei für die Vorlage.

Weimar, 12. Dez. **(Telegramm.)** Die Strafkammer des Landgerichts verurteilte Frau Rosa Luxemburg wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, begangen in einer auf dem sozialdemokratischen Parteitage im September 1905 zu Jena gehaltenen Rede über den Massenstreik zu 2 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 4 Monate beantragt.

Wien, 12. Dez. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die Kommission des Herrenhauses zur Beratung der Wahlreformvorlage beschloß gestern mit allen gegen 4 Stimmen die Einführung des Pluralwahlrechts und mit allen gegen 1 Stimme die Feststellung des numerus clausus für das Herrenhaus im Wahlreformgesetz. Es ist dadurch eine ernste, aber bisher noch nicht kritische Situation geschaffen worden.

Brüssel, 12. Dez. In der Kammer führt bei Erörterung der Kongostaatenangelegenheit Delbeke aus: Mit Ausnahme der Sozialisten seien alle Parteien einmütig der Ansicht, daß die Reform der Durchführung gelangen müsse, der Kongostaat und die belgische Regierung hätten dies erklärt. Bevor die Abstimmung über die Uebernahme des Kongostaates erfolgt sei, könne Belgien eine Inventaraufnahme des Kongostaates nicht verlangen. Darauf werden verschiedene Tagesordnungen eingebracht und begründet und die Sitzung alsbald aufgehoben.

Der „Kulturkampf“.

Paris, 12. Dez. Von den der Verletzung des Trennungsgesetzes beschuldigten drei Pariser Pfarrern waren Pfarrer Richard und Pfarrer Leclerq schon wegen der Vorfälle bei der Inventuraufnahme verfolgt worden. Richard wurde damals zu 8 Tagen Gefängnis unter Zubilligung des bedingten Strafaufschubes verurteilt. — Infolge einer Aufforderung des Maire des 7. Bezirks soll Kardinal-Erzbischof Richard noch heute das erzbischöfliche Palais verlassen. Der Deputierte Denis Cochin hat dem Kardinal sein Privathotel angeboten. Der Kardinal nahm das Anerbieten an. Es heißt, daß die Katholiken anläßlich der Uebersiedelung des 87jährigen Kardinals eine große Straßenkundgebung planen. Der Deputierte Flandein, welcher der republikanischen Vereinigung angehört, beabsichtigte, einen Gesetzantrag einzubringen, wonach öffentliche Versammlungen, also auch Gottesdienste, ohne Erklärung abgehalten werden dürfen. Flandein hatte zu seinem Antrage auch bereits die Zustimmung Jaurès erhalten. Auf Ersuchen Briands hat er den Antrag vertagt.

Aus Rom wird den hiesigen konservativen Blättern gemeldet, daß der Vatikan die Ausweisung Monsignore Montagninis mit vollständiger Ruhe aufgenommen habe. Man begnüge sich jetzt damit, darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung nunmehr jedes Gefühl der Ziemlichkeit und Billigkeit verloren habe. Der bedauerliche Vorfall wird jedoch keinerlei Einfluß auf die Haltung des Vatikans im Kampf um die Lebensinteressen der Kirche ausüben. Bezgl. des verbreiteten Gerüchtes, daß Monsignore Montagnini sich an den italienischen Botschafter, Grafen Tornielli, um Schutz gewandt habe, wird mitgeteilt, Montagnini habe tatsächlich die Absicht ausgesprochen, bei dem Grafen Tornielli, als Doyen des diplomatischen Korps Klage dagegen erheben zu wollen, daß die Archive der Nuntiatur, welche den diplomatischen Schutz genießen, einer polizeilichen Durchsuchung unterzogen wurden. Ueber die Maßnahmen im Interesse der nationalen Sicherheit, von denen in der Note im gestrigen Ministerrat die Rede ist, verlautet, daß die Regierung über sorglich geprüfte Prüfung ausführen und jenen Bischöfen, welche sich dem Briefe des Vatikans unterwerfen und das französische Gesetz verletzen, die französische Staatsangehörigkeit entziehen werde. Der Stellvertreter des Erzbischofs Richard, Monsignore Amette, erklärte kürzlich einem Berichterstatter: Nun, dann werden wir nach dem Gesetz keine Franzosen mehr sein, aber man ist nicht imstande, das Vaterland aus unserem Herzen zu reißen. Wir werden die Verfolgungen erdulden, und aus diesen Verfolgungen wird der Glaube lebendiger und frischer als je erwachsen.

Algier, 12. Dez. **(Telegramm.)** Die Regierung hat beschlossen, daß Behanzin morgen auf dem hiesigen Friedhof in einer von ihm erworbenen Gruft beerdigt werden soll. Sein Sohn Hanilu soll seine Ausbildung in Frankreich fortsetzen; seine Frau und Töchter sollen nach Dahomey zurückgebracht werden.

Sport.

Münster, 12. Dezember.

Ringkampf-Konkurrenz in der Festhalle. Gestern siegte Salvator (Brasilien) über Pierrard le Colosse in 54 Minuten und Siegfried über Albano in 4 Minuten.

Handels-Nachrichten.

* **Neuwalzwerk Akt.-Ges. in Bösperde.** Die Generalversammlung, in der 696 Stimmen mit 696 000 M. Aktienkapital vertreten waren, genehmigte den Rechnungsabschluss; sodann wurde der Verwaltung Entlastung erteilt und die sofort zahlbare Dividende auf 7½ Proz. festgesetzt. Auf eine Anfrage über den Geschäftsgang teilte der Vorstand mit, dass das Werk bis jetzt in allen Teilen gut beschäftigt sei; auch seien die Preise im Aufsteigen begriffen. In den ersten 4 Monaten des laufenden Jahres wurde ein höherer Betrag ausgestellt als in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Auch der Rohgewinn stellt sich höher als im Vorjahr, prozentual ausgedrückt etwa so, dass damals 12,80 Proz. und diesmal 20,70 Proz. erzielt wurden. Es ergebe sich als ein erheblicher Fortschritt. Ob er sich für die Folge in der gleichen Weise fortsetzen werde, erklärt der Vorstand nicht sagen zu können, obwohl er der Ansicht ist, dass es gut gehen wird, namentlich mit Rücksicht auf den guten Geschäftsgang in der Eisen- u. Elektrizitäts-Industrie. Im Einklang mit letzterem werde auch die Gesellschaft für ihre Erzeugnisse dauernd gute Beschäftigung haben. Allerdings komme bei ihr in Betracht, dass bei dem Absatz ihrer Erzeugnisse auch die Abnehmer viel mitsprechen. Wenn indes die Kohlen- und Messingpreise nicht noch weiter in die Höhe gehen, werde die Gesellschaft mit Rücksicht darauf, dass auch die Landwirtschaft gute Preise für ihre Erzeugnisse bekomme, guten Absatz für ihre Ware finden. Eine aus der Mitte der Versammlung gegebene Anregung, die Gesellschaft möge Halbjahresberichte herausgeben, wurde zurückgezogen. Die Verwaltung versprach in Erwägung zu ziehen, ob im Laufe des Geschäftsjahres etwas über den Geschäftsgang veröffentlicht werden solle.

* **Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat, Essen.** Auf die Tagesordnung der auf den 14. Dezember 1906 einberufenen Versammlung der Zechenbesitzer ist nachträglich noch folgender Punkt gesetzt worden: 5. Anträge der Harpener Bergbau-A.-G. vom 10. Dezember: a. Beschlussfassung über einen gegen die Gewerkschaft der Zeche Friedlicher Nachbar anzustrengenden Rechtsstreit auf Leistung von Schadenersatz wegen Verkaufes der Zeche Friedlicher Nachbar an die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. b. Beschlussfassung über einen Antrag auf Ernennung eines Ausschusses, welcher mit den Hüttenzechen baldigst in Verhandlungen eintreten soll dahin, dass die Hüttenzechen sich vergleichsweise bereit erklären: 1. Ihren „Hütten-Selbstverbrauch“ zu binden, 2. für die Dauer des Syndikatsvertrages bei etwaigem Ankauf von „reinen Syndikatszechen“ für diese das Vorrecht des § 1, 2a des Syndikatsvertrages nicht in Anspruch zu nehmen, ebensowenig für neu anzugliedernde Hüttenwerke. Diesen Anträgen fügt die Harpener Bergbau-A.-G. noch folgende Erklärung hinzu: „Wir erklären hierdurch nochmals, dass wir unsere Anfechtungserklärung bezüglich des Syndikatsvertrages aufrechterhalten, dass wir aber bis zur vergleichsweisen oder rechtskräftigen Entscheidung über die Begründetheit dieser unserer Anfechtungserklärung die aus dem Syndikatsvertrage sich ergebenden Beziehungen so behandeln und erledigen wollen, als wenn dieselben noch zu Recht beständen. Es soll aber in dieser weiteren Durchführung des Syndikatsvertrages irgend ein Anerkenntnis der Rechtsgültigkeit desselben unsererseits nicht abgegeben werden.“

* **Bergbau-Gesellschaft Neu-Essen in Essen.** Die ausserordentliche Generalversammlung genehmigte die von der Verwaltung beantragte Erhöhung des Aktienkapitals um 1,5 Mill. M. unter den von uns schon früher mitgeteilten Bedingungen.

* **Die Gewerkschaft Deutscher Kaiser in Mülheim (Ruhr)** eröffnet zur Vermehrung ihrer Roheisenerzeugung auf ihren neuen fünften Hochofen den Betrieb in drei Wochen. Der neue Schacht VII ist nahezu vollendet. Die Kohlenförderung beginnt anfangs 1907.

* **Vereinsbrauerei Höhscheid, Akt.-Ges., Höhscheid-Solingen.** Für 1905/06 ergibt sich einschliesslich 21 334 (17 823) M. Vortrag ein Gewinn von 113 218 (122 354) M., woraus 40 000 M. (wie i. V.) dem Erneuerungsfonds und 60 000 (58 000) M. dem Delkrederefonds und der Spezialreserve überwiesen werden. Eine Dividende gelangt wieder nicht zur Verteilung. Der Vortrag sinkt auf 10 468 M. Der jetzt 300 000 M. enthaltende Erneuerungsfonds soll zu Abschreibungen auf Anlagewerte verwandt werden. Für das laufende Jahr steht angesichts des bedeutenden Mehrabsatzes ein besseres Ergebnis zu erwarten.

* **Gewerkschaft Cons. Nordfeld.** Die Versammlung der Obligationäre genehmigte die Stundung der Zinsen und Amortisationen bis zum 1. Januar 1909. Es wurde eine Kommission gewählt zur Geltendmachung der Rechte der Obligationäre innerhalb und ausserhalb des Konkurses der Schuldnerin und diesen Herren insbesondere die Befugnis zuerkannt: mit Stimmeneinheit die Zinsen und Amortisationen auch über den 1. Januar 1909 zu stunden; in die Löschung der zur Sicherung der Obligationäre auf dem Besitztum ruhenden Hypothek unter Ausschluss der Berggerechtsame zu willigen; den Erlös aus den Pfandobjekten einzuziehen und die Verteilung des Vermögens unter die Obligationäre und Gläubiger gemeinsam mit den Repräsentanten zu vollziehen.

* **Hamburg-Amerika-Packetfahrt-Akt.-Ges., Hamburg.** Nach dem Prospekt über die jungen Aktien war das Geschäft im laufenden Jahr günstig. Für Neubauten waren am 1. Oktober 1906 etwa 18 Millionen zu zahlen; die Deckung dieses auf einen längeren Zeitraum verteilten Betrages werde aus den laufenden Einnahmen erfolgen können, so dass das neue Kapital für weitere Neubauten verfügbar sei.

* **Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin.** Die Generalversammlung, die erstmals im neueröffneten Verwaltungsgebäude am Friedrich-Karl-Ufer in Berlin stattfand, genehmigte nahezu ohne Diskussion die Verwaltungsvorschläge, insbesondere die Verteilung von 11 (10) Proz. Dividende. Nur ein Aktionär regte an, ein weiteres Prozent Dividende zu verteilen und statt dessen die Zuweisung an das Rückstellungskonto von 1 027 000 M. entsprechend zu kürzen, mit dem Hinweis, die Rentabilität des Unternehmens sei hinter den Erwartungen der Aktionäre zurückgeblieben. Diese könnten überhaupt kein rechtes Bild von dem Unternehmen gewinnen, es sei ihnen über den Kopf gewachsen. Verwaltungsseitig wurde erwidert, die früher gegen eine andere Dividendenpolitik ausgesprochenen Motive seien auch noch heute geltend und die Gewinnverteilung bilde „in gewissem Sinne nur die Konsequenz der Bilanzierung“. Generaldirektor Rathenau fügte hinzu, die Gesellschaft verdanke ihren Reserverückstellungen, dass sie um die Wende des Jahrhunderts nicht wie andere mächtige Elektrizitäts-Gesellschaften Verluste aufweisen musste, sondern dass die damalige Krisis über die A.-E.-G. einfach hinwegging, ohne sie irgendwie erzittern zu lassen. Solche Zeiten würden wiederkehren, man wisse natürlich nicht, wann. Aber eben darum würde die seitherige weise Politik nicht aufgegeben werden und die Verwaltung werde sich mit allen Mitteln solchen Eingriffen widersetzen, „die das Fundament der Gesellschaft untergraben könnten“. An der Spitze einer neuen Industrie stehend, müsse die Gesellschaft gerüstet sein, Erfindungen, kostspielige Versuche aufzunehmen und Ausstellungen zu beschicken, evtl. auch unzulängliche Dividenden ergänzen zu können. Dass man die Starkstrom-, „Turbinen“- und Automobil-Technik ohne Antastung der vorhandenen Fonds so habe kultivieren können, dürfe an dieser Politik nichts ändern. Im laufenden Geschäftsjahr betrug der Umsatz vom 1. Juli bis 31. Oktober 68,8 (50,2) Mill. M. und der Auftragsbestand „zu der Zeit“ 145 (107) Mill. M. Die Verwaltung wählte, wie schon kurz gemeldet, für Exzellenz Dernburg den Geheimen Rat von Klitzing, und für den verstorbenen Herrn Kochenthaler den Direktor der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Oliven, neu in den Aufsichtsrat. Der Neubau der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft kostete 2 250 000 M., das Grundstück dazu von 8106 qm 1 787 909 M.

* **Aktiengesellschaft Siemens Elektrische Betriebe in Berlin.** Der Aufsichtsrat beantragt wieder eine Dividende von 5½ Prozent.

* **Aus dem Getreide-Wochenbericht** der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Vom 4. bis 10. Dezember. Seit Wochen bewegt sich der internationale Warenaustausch in den Grenzen unerheblicher Bedarfsanschauungen, aber das Preisniveau ist, von kleinen Schwankungen abgesehen, im wesentlichen unberührt geblieben. Die Verhältnisse auf den nordamerikanischen Börsen haben keineswegs die erhoffte Veränderung erfahren. Die Bewegung an den dortigen Hauptstapelplätzen enttäuscht andauernd durch die Geringfügigkeit ihres Umfanges. Die Abladungen Argentiniens, die in der entsprechenden Woche des Vorjahres immer noch die verhältnismässig ansehnliche Höhe von 158 000 Qrs. aufzuweisen hatten, sind von 28 000 Qrs. in der Vorwoche auf 15 000 Qrs. zusammengeschrumpft, und da neben der schwachen Beteiligung Australiens und Indiens auch Russlands Exporttätigkeit Neigung zur Abnahme zeigt, so beginnt man der nicht unbeträchtlichen Verminderung des nach Westeuropa schwimmenden Weizenquantums erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zweifellos gewinnt die internationale Marktlage dadurch ein vorteilhafteres Aussehen. Die Wirkung dieser Tatsache wurde indes vorerst dadurch wesentlich abgeschwächt, dass die englischen Märkte durch die gleichzeitige Vermehrung der für sie bestimmten Weizenflotte in ihrer Zurückhaltung bestärkt, an neue Erwerbungen nur mit grösster Vorsicht herangingen. Wie dort blieb der Verkehr in allen übrigen Konsumgebieten beschränkt, zumal die Käufer mit dem Eintritt kalter Witterung auf allseitige Inangriffnahme der bisher gehinderten Dreescharbeiten und damit auch auf stärkere Inlandszufuhren rechnen zu können glauben. In Deutschland hat das Wetter ein missvergnügteres Aussehen angenommen. Auf die Marktlage blieb der Witterungsumschlag nicht ohne günstigen Einfluss. Der Konsum sah sich veranlasst, die bisher in mässigem Umfange bewirkte Winterversorgung ernster zu betreiben. Da die bis vor kurzem vorherrschend gewesene Feuchtigkeit den Erdrusch hinderte, haben die Zufuhren noch immer nicht wesentlich zunehmen können und boten der stärker eingreifenden Nachfrage kaum ausreichende Befriedigung. Ausländisches Angebot ist zwar genügend vorhanden, bietet aber zu billigeren Anschaffungen keine Gelegenheit. Auf dem Roggenmarkte liess sich für die unzureichenden Leistungen des Inlandes weniger vorteilhaft Ersatz schaffen, nachdem das schwimmende Material Aufnahme gefunden hat und die Forderungen für spätere Abladung wesentlich höher lauten. Auch in Süddeutschland und am Rhein machte sich die bessere Stimmung gleichfalls mehr für Roggen als für Weizen geltend, obgleich der Konsum auch dort zweifellos noch mit bedeutenden Anschaffungen für die Winterversorgung wird an den Markt treten müssen. Auf dem Berliner Markt trat das Deckungsbedürfnis für Roggen wieder lebhaft hervor, so dass Dezemberlieferung um 2 M. anziehen konnte, während der Maitermin, durch Meinungskäufe gestützt, nur 1½ M. im Preise gewann, da die Dezemberdeckungen zum Teil im Tausch gegen Maiabgaben erfolgten. Als das Angebot zum Schluss der Berichtswoche Neigung zur Zunahme zeigte und die Kanalliste das Eintreffen zum Teil undisponierter Roggenladungen avisierte, wurde die Stimmung entschieden ruhiger. Auch war zuletzt russischer und Donau-Roggen auf Abladung, wenn auch keineswegs preiswilliger, so doch immerhin reichlicher am Markt. Weniger lebhaft verlief das Weizengeschäft im Einklang mit der vorwiegend ruhigen Haltung des Auslandes, so dass sich zum Schluss nur für Dezember ein Preisaufschlag von ½ M. feststellen lässt. Für Hafer bietet sich dauernd günstige Absatzgelegenheit. Die Nachfrage zeigt sich dem Angebot überall gewachsen, und es liessen sich meist kleine Mehrforderungen durchsetzen. Die reichlicheren Zufuhren von inländischer Gerste brachten gute Preise, zumal russische Gerste neuerdings fester gehalten wurde. Für feine Braugerste sind immer noch hohe Preise zu erzielen, während die Nachfrage für mittlere Sorten nachgelassen hat. Mais lässt sich andauernd flott verkaufen. Auch Angebote von Russland und von der Donau auf spätere Abladung begegnen guter Beachtung. Für Roggenmehl zeigte sich in Uebereinstimmung mit der besseren Haltung des Rohprodukts etwas vorteilhaftere Verwendung.

* **Die Kleinbahn-Aktiengesellschaft Culmsee-Melno in Culmsee** erzielte eine Betriebseinnahme von 187 362 (139 110) M. und einen Betriebsüberschuss von 85 066 (36 897) M.

* **Die Brauerei-Aktien-Gesellschaft Diedenhofen Nieder-Jeutz** erzielte nach Abschreibung von 121 945 (118 092) M. einen Reingewinn von 203 188 (197 918) M., aus dem wieder eine Dividende von 6 Proz. verteilt wird.

* **Bei der Aktien-Gesellschaft S. Wal[illegible]ch u. Co. in Mülhausen im Elsass** ergibt sich im abgelaufenen Geschäftsjahr der Fehlbetrag von 878 597 M. auf 950 841 M. Die Abschreibungen auf die Anlagen betragen wieder 25 000 M.

* **Dividendenschätzungen.** Die Dividende der Oesterreichischen Eisenbahnverkehrsanstalt für 1906 wird auf 11 (10) Proz. geschätzt, die der Oesterreichischen Länderbank neuerdings auf 6½ (6) Proz. geschätzt, wobei der Gewinnvortrag von 626 722 Kr. auf rund 1 Mill. Kr. erhöht werden konnte.

* **Die Vertreter der amerikanischen Bankier-Vereinigung** erschienen am 11. Dez. vor dem Ausschuss für Umlaufsmittel des Repräsentantenhauses in Washington und führten Gründe zugunsten einer von der Gesellschaft befürworteten Gesetzgebung an, behufs Schaffung eines elastischen Umlaufsmittelsystems auf Grundlage der Ausgabe von Kreditbanknoten um den eintretenden Finanzbedürfnissen abhelfen zu können. Auch das Finanzkomitee des Senats beriet über die Pläne zur Reform der Umlaufsmittel. Der Verlauf der Sitzung scheint darauf hinzudeuten, dass es unmöglich sein werde, noch in dieser Session etwas in dieser Angelegenheit zu unternehmen.

* **Aus Newyork,** 12. Dez., wird uns telegraphiert: Das Bundesgericht verurteilte wegen Annahme der Eisenbahnfrachtermässigungen die American Sugar Refining Company zu 80 000 Doll. und die Brooklyner Böttcherei der Gesellschaft zu 70 000 Doll. Geldstrafe.

* **Aus Buenos Aires,** 12. Dez., wird uns telegraphisch gemeldet: Die Versammlung der Gläubiger der Hypothekenbank der Provinz Buenos Aires nahm einen Antrag der Verwaltung der Provinz an, wonach die Verwaltung die Haft für die Schulden der Hypothekenbank übernimmt. Die Versammlung stimmte ferner einem Antrag zu, wonach die Gläubiger auf jeden neuen Schritt gegen diese Entscheidung der Versammlung verzichten.

Getreide.

* **Berlin,** 12. Dez. (Eig. Drahtber. des „Westf. Merkur“.) Produktenbörse. Weizen Dez. (179¾) 179½, Mai (189½) 182, Juli (—) —. Roggen Dez. (163½) 163¾, Mai (165¼) 164½, Juli (—) —. Hafer Dez. (162¾) 162½, Mai (166½) 166, Juli (—) —. Mais amerik. Mixed Dez. (128¼) 127, Mai (124½) 125½, Juli (—) —. Weizenmehl 22,50 bis 24,50. Roggenmehl 20,80 bis 22,50.

* **Paris,** 12. Dez. (Eig. Drahtber. des „Westf. Merkur“.) Wetter bewölkt. Eröffnungskurse.

	Anf. 12.	Schluss 11.		Anf. 12.	Schluss 11.
Hafer	stetig	ruhig	Weizen	stetig	ruhig
Dez.	20.70	20.80	Dez.	23.30	23.35
Jan.	20.70	20.65	Jan.	23.10	23.20
Jan.-April	20.80	20.80	Jan.-April	23.25	23.30
März-Juni	21.15	21.10	März-Juni	23.45	23.45
Roggen	stetig	ruhig	Mehl	stetig	ruhig
Dez.	17.75	17.75	Dez.	29.85	29.85
Jan.	17.75	17.75	Jan.	29.85	29.90
Jan.-April	17.75	17.75	Jan.-April	30.—	29.95
März-Juni	17.75	17.75	März-Juni	30.35	30.25

* **Liverpool,** 12. Dez. (Eig. Drahtb. d. „Westf. Merkur“.) Roter Winterweizen März (6/5¾) 6/5½, Mai (6/5¼) 6/5, ruhig. Bunter amerikanischer Mais Jan. (4/2) 4/1½, März (4/1) 4/0¾, ruhig.

Zucker.

* **Magdeburg,** 12. Dez. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur“.) Kornzucker 88°, ohne Sack 8,60–8,70. Nachprodukte 75°, ohne Sack 7,00–7,15. Stimmung ruhig. Brodraffinade 1. ohne Fass 18,62–18,75. Krystallzucker 1. mit Sack 00,00–00,00. Gem. Raffinade mit Sack 18,37–18,50. Gem. Melis mit Sack 17,87–18,00. Stimmung geschäftslos. Bei Abnahme von mindestens 300 Zentnern alles netto Zentner. Rohzucker 1. Produkt Transito frei an Bord Hamburg Dez. 17,85 Gd., 18,00 Brf., Jan. 18,10 Gd., 18,15 Brf., Febr. 18,25 Gd., 18,35 Brf., März 18,35 Gd., 18,45 Brf., Mai 18,60 Gd., 18,65 Br., Aug. 18,90 Gd., 18,95 Brf. matt.

Kaffee.

* **Havre,** 12. Dez., vorm. 10 Uhr 30 Min. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur“.) Kaffee good average Santos Dez. 40, März 40¾, Mai 40¾, Sept. 41¼, matt.

Baumwolle.

* **Bremen,** 12. Dez. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur“.) Baumwolle. Upland middl. loco (57¼) 55¾ Pfg. schwach.

* **Liverpool,** 12. Dez., mittags 12 Uhr 45 Min. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur“.) Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen. Tendenz für Amerikaner loco fest. Preis: 5,79. Amerikanische good ordinary Lieferungen: —, stetig. Dez. (5,72) 5,47, Dez.-Jan. (5,66) 5,41, Jan.-Febr. (5,63) 5,38, Febr.-März (5,63) 5,38, März-April (5,63) 5,38, April-Mai (5,65) 5,40, Mai-Juni (5,67) 5,42, Juni-Juli (5,68) 5,43, Juli-August (5,69) 5,44, Aug.-Sept. (5,62) 5,38.

Oele und Spiritus.

* **Berlin,** 12. Dez. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur“.) Rüböl Dezbr. (70,80) 71,10, Mai (66,60) 67,00, Okt. (57,80) —,—.

* **Paris,** 12. Dez. (Eig. Drahtber. des „Westf. Merkur“.) Wetter bewölkt. Eröffnungskurse.

	Anf. 12.	Schluss 11.		Anf. 12.	Schluss 11.
Rüböl	stetig	ruhig	Leinöl	stetig	matt
Dez.	87.—	86.77	Mai-Aug.	50.—	50.50
Jan.	86.—	85.50	Spiritus		ruhig
Jan.-April	82.50	82.25	Dez.	42.25	42.25
Mai-Aug.	70.—	70.75	Jan.	42.50	42.75
Leinöl	stetig	matt	Jan.-April	43.50	43.25
Dez.	49.75	50.25	Mai-Aug.	44.50	44.75

Amerikanische Warenkurse.

(Eigener Drahtbericht des „Westf. Merkur“.)

* **New-York,** 12. Dez. Baumwolle Jan. (9.47) 9,80, März (9,64) 9,60, Mai (9,77) 9,65, Juli (9,84) 9,77, k. stetig.

* **New-York,** 12. Dez. Weizen, Mai (85) 85 stetig.

* **Chicago,** 12. Dez. Weizen, Mai (79) 79. Mais, Mai (43⅞) 43⅞, stetig. Hafer, Mai (38) 35⅞.

* **Chicago,** 12. Dez. Schmalz, Jan. (8,60) 8,57. Pork Jan. (15,80) 15,75.

Metalle.

* **London,** 12. Dez. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur“.) Anfang. Chili-Kupfer 106½, per 3 Monat 107½, stetig. Zinn 197, per 3 Monat 196, matt.

* **London,** 12. Dez. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur“.) Schluss. Chili-Kupfer 106, per 3 Monat 107, fest. Zinn 197, per 3 Monat 196½, matt.

Berliner Börse.

Eigener Drahtbericht des „Westfälischen Merkur“.

Schlusskurse.

	11. 12.	12. 12.		11. 12.	12. 12.
Wechs. Amst. kurz	169,00	169,00	Dortm. Viktoriabr.	128,75	128,50
„ Brüssel „	80,90	80,90	Düsseld. Eisen-Akt.	154,75	154,50
„ London „	20,475	20,475	Dynamit Trust	172,90	173,20
„ Paris „	81,15	81,15	Elektr. Hochbahn	130,00	130,00
„ Italien „	81,20	81,25	Eschweiler Bergw.	249,75	250,25
„ Wien „	84,95	84,95	„ Eisen	136,00	136,60
Privatdiskont	5⅞	5⅞	Friedrichshütte	166,50	165,50
Berl. Handelsges.	174,50	173,50	Geisweider Eisen	214,00	217,40
Darmstädter Bank	140,00	140,00	Gelsenk. Bergw.	228,25	226,80
D.-Asiat. Bank	175,50	175,00	„ Gussstahl	175,25	175,25
Deutsche Bank	242,00	241,90	Georgs-M.-H. St.-A.	88,30	87,60
Diskonto-Kommand.	186,00	185,80	„ St. Pr.-A.	102,50	100,50
Dresdner Bank	158,50	158,50	Glückauf-Brauerei	142,00	142,00
Dresdner Bankv.	111,60	111,60	Gr. Berl. Str.-B.	185,50	185,25
Essener Kreditanst.	164,95	164,60	Hamb. Packetf.	149,10	152,00
Hannov. Bank	139,60	140,60	Hann. Masch. Egest.	230,75	231,25
Nat.-Bank f. Dtschl.	131,25	131,00	„ Strassenb.	73,60	73,00
Oesterr. Kreditanst.	218,00	217,60	Hansa	136,50	136,40
Osnabrücker Bank	144,75	144,75	Hark. Brückenb.	102,75	103,50
Pr. Zentr. Bod. Kr.	194,50	194,40	„ St. Pr.	127,30	127,80
Schaaffhaus. Bankv.	156,50	156,25	Harpener Bergb.	213,90	213,50
3½ % D. Reichsanl.	96,30	96,10	Hasper Eisen	218,00	219,50
3 % „	87,30	87,10	Hedwigshütte	193,25	193,50
3½ % Preuss. Kons.	96,20	96,10	Hengstenberg	169,25	169,25
3 % Preuss. Kons.	87,30	87,10	Herbrand Waggon	130,25	130,50
3 % Sächs. Rente	86,60	86,60	Hochdahl V.-A.	115,60	115,00
3½ % Rh. Obl. S. 19	95,40	—	Hörder St. Pr.-A.	209,50	210,75
4 % Westf. Pr.-Anl.	102,40	102,45	Hösch Stahlw.	235,60	235,00
3½ % „ u. 1915	95,80	95,50	Humboldt Masch.	124,00	124,00
Münst. Stadt-Anl.	—	96,40	Isenbeck-Brauerei	93,50	93,50
4 % Westf. Pfandbr.	101,60	101,60	Kölner Bergw.	469,25	466,75
3½ % „	94,90	95,20	Köln-Müs. Bergw.	263,80	263,00
4 % Rh.-W. Rentbr.	102,00	—	König Wilh. kr. A.	306,25	304,50
3½ % „	96,20	—	„ St. Pr.	390,00	390,00
4 % Rh.-Westf. Bod. Kr. Pfandbr. S. 9	101,00	100,60	Königsborn Bergw.	156,63	156,00
4½ % do. 8,6	94,10	95,10	Küppersbusch	213,75	213,75
3½ % Argent. Russ.	—	—	Lahmeyer	141,25	140,25
6 % Buenos Aires St.-Anl. v. U.	161,80	—	Laurahütte	245,50	243,60
5 % Chinesen 1896	101,80	101,80	Lindener Unna	70,00	71,00
4½ % „ 1898	95,60	95,90	Louise Tiefb. St. Pr.	101,75	100,00
4 % Italiener	102,60	102,60	Magdeb. Bergw.	334,75	334,50
5 % Mexikaner	—	101,75	Mannesm. Bergw.	184,00	183,75
4 % Österr. Goldr.	99,90	99,90	Mech. Web. Linden	144,70	144,75
4 % „ Kronenr.	—	99,10	Meuden u. Schwerte St. Pr.	113,50	113,50
4½ % „ Silberr.	—	99,10	Nordd. Lloyd	131,25	130,60
4 % Rumäner 1898	90,80	90,90	Nordd. Woll-Kämmerei	—	—
4 % Russ. Kons. 1889	76,80	77,00	Nordstern Bergw.	265,00	262,00
4 % „ inn. Anl.	73,90	73,90	Oberschl. Eis.-Bed.	138,60	137,00
Russenbank	—	—	„ Eis.-Ind.	126,90	126,00
4 % Spanier	—	—	Orenstein u. Koppel	226,75	225,50
4 % Ungar. Goldr.	96,40	96,40	Osnabr. Kupferdr.	121,75	121,90
4 % Kronenrente	—	—	Phönix Bergw. St.-A.	210,00	211,80
4 % Türken 1903	84,95	—	Rhein-Nassau	233,00	230,75
Öst.-Ung. Staatsb.	146,40	146,25	„ Bergbau	97,50	97,50
Südösterr. Lomb.	30,30	35,60	„ Metallw.	113,00	113,00
Canada Pacific	197,50	196,80	Rhein. Spiegel	184,00	180,75
Lux. Prince Henry	153,60	153,10	„ Stahlw.	200,50	198,50
			„ Westf. Kalkw.	150,75	150,00
Allg. Elektr.-Ges.	216,70	216,00	Rombacher Hütte	216,30	216,75
Anglo Cont. Guano	118,00	117,00	Rote Erde	—	—
Bismarckhütte	230,00	228,00	Schuckert Elektr.	121,25	120,00
Blumenbach Verzug	56,00	55,60	Schulz Knaudt-Akt.	171,50	170,00
Boch. Bergw. C.	47,00	46,80	Siemens u. Halske	181,00	180,00
„ Gussstahl	243,50	241,00	Stolb. Zink	179,00	178,75
„ Viktoriahr.	123,75	123,75	Tecklenbg. Schiffw.	156,75	155,75
Böhler	293,25	290,25	Thale Eis. V.-A.	137,00	136,50
Bosperde Walzw.	133,00	133,00	Thiederhall	137,50	136,25
Buderus	131,87	131,40	Wasserw. Gelsenk.	262,00	264,50
Concordia Bergw.	336,00	334,50	Westeregeln Alkali	236,00	233,50
Consol. Schalke	471,00	469,75	Westf. Kupfer	195,50	196,00
Dtsch.-Lux. neue	197,60	194,75	„ Draht	215,60	213,00
Dtsch.-Uebs. Elekt.	163,75	163,00	„ Stahl	118,70	118,75
Dortm. Union C.	84,60	84,50	Wicking Zement	178,75	175,50
„ D.	102,00	102,00	Wiesener Bergw.	196,75	196,50
„ Brauerei	278,50	278,00	Wittener Gussst.	262,00	261,00
„ Germ.-Br.	188,25	188,00	„ Stahlr.	221,00	218,50
„ Löwenbräu	199,25	199,25	Wurmrevier	146,60	148,50
„ Unionbr.	329,00	328,50	Zellstoff Waldh.	332,00	328,50

Nachbörse.

Oesterr. Kredit	218,10	217,40	[illegible]	—	145,85
Berl. Handelsges.	174,60	173,40	4½ % Japaner 05	92,80	93,50
Deutsche Bank	242,40	242,00	Boch. Gussst.	243,75	243,40
Diskonto	186,25	185,50	Dortm. Union C.	82,10	84,50
Dresdner Bank	158,60	157,90	Laurahütte	246,10	247,00
Canada Pacific	199,40	198,00	Consolidation	471,00	469,00
Baltimore and Ohio	121,00	120,75	Gelsenkirchener	228,60	226,75
Lombarden	36,10	35,75	Harpener	213,9[illegible]	212,40
Russen 1902	78,40	78,20			

Phönix 210,50 (im freien Verkehr).

Tendenz: schwach. Reichsbank-Disk[illegible]

Tendenz-Bericht.

* **Berlin,** 12. Dez. Die Börse zeigte zu Beginn schwache [illegible] anlagung bei vorherrschender Realisierungslust in Hütten[illegible] werkaktien. Die Spekulation suchte Entlastung wegen der B[illegible]tung, dass die Reichsbank sich zu einer Diskonterhöhung nach Fälligwerden des nächsten Bankausweises, nach dem 15. d. M., veranlasst sehen dürfte. Zudem trug auch die Nähe der Weihnachtsfeiertage vielfach zur Zurückhaltung bei. Die Rückgänge betrugen in Spekulationswerten des Montanaktienmarktes von ½ bis über 1 Proz., bei Laurahütte über 2 Proz. auf Angebot einer grösseren Bank zum ersten Kurse. Phönix gewannen anfangs ½ Proz. und stiegen weiter um 2½ Proz. angeblich darauf, dass noch in diesem Jahre das Uebernahmekonsortium für die neuen Aktien sich auflösen dürfte. Positives hierüber war nicht festzustellen. Von Banken Deutsche und Diskonto um 0,25 besser, Sonstige Banken gegen gestern um Bruchteile abgeschwächt. Am Eisenbahnaktienmarkt war das Geschäft still mit Ausnahme von Mittelmeerbahn, die 1½ höher waren auf Heimatland. Canada in weiterer Aufwärtsbewegung und gegen den Anfangskurs 1 Proz. höher. Die andauernde Aufwärtsbewegung soll mit Deckungen zusammenhängen, ferner auch damit, dass Konsortialkäufe von Grossaktionären ausgeführt werden, um bei der Verwaltung eine dominierende Stellung wegen des grossen Landbesitzes der Bahn einzunehmen. Heimische Fonds um 0,15 schwächer wegen der damit im Wege des Kredits zu beschaffenden neuen Anleihe. Russen von 1902 mässig abgeschwächt. Schiffahrtsaktien unverändert. Zu Beginn der 2. Börsenstunde war der Gesamtstatus unverändert und das Geschäft still. Tägliches Geld 5½ Proz. Bei Berichtabgang Kredit auf Wien schwächer. Canada abgeschwächt. Kohlenaktien weichend, alles sonstige unverändert.

In der 3. Börsenstunde war die Tendenz schwächer. Geschäftsstille einerseits und Realisierungen andererseits am Kassamarkte der Industriewerte drückten. Canada auf Gewinnrealisierungen schwächer.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Chefredakteur Theodor Wuermeling, für den Reklame- und Inseratenteil: Nicola Bergen, beide in Münster.

Was Klein-Elschen dem Lehrer erzählt:

Meine Mama gibt mir jeden Tag ein paar Sodener Mineral-Pastillen mit auf den Schulweg und sagt immer, daß ich nie erkältet bin und nie die Schule versäumen muß. Mama sagt, wer's gut mit den Kindern meint, der sollte ihnen regelmäßig Fays ächte Sodener geben. Man kauft Fays ächte Sodener Mineral-Pastillen in sämtlichen Apotheken, Drogen- und Mineralwasser-Handlungen, die Schachtel zu 85 Pfg. hüte sich aber vor Nachahmungen.
6037

Das Unglücksjahr 1806 war zugleich Anfang der politischen Wiedergeburt Deutschlands und der Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Neugestaltung, indem durch den politischen Aufschwung auch ein bedeutender Aufschwung von Industrie und Handel geschaffen wurde, der jetzt noch andauert. Heute ist Deutschland in vielen Industriezweigen weltbeherrschend, so z. B. in der Bekleidungs-Industrie, speziell in der Strumpfwaren-Industrie. Hiervon kann man einen Begriff erhalten durch die neuen, prächtigen Ladenanlagen der Aurageselllschaft in Berlin, deren Glück-Strumpf Tegea in der ganzen Welt die größte Verbreitung gefunden hat.

An Asthma Bronchialkatarrh Lungenleiden Lungenbluten Magenleiden

Erkrankte wollen sich die Zeit nehmen, endlichende Urteile zu prüfen. Es ist dies nur ein **verschwindend kleiner Teil** der fortgesetzt eingehenden. Sie werden ohne jeden Kommentar veröffentlicht, weil man die Ueberzeugung hat, daß das leidende Publikum sehr wohl im Stande ist, sich selbst eine Meinung zu bilden. Die Urteile sind, außer stilistischen Abänderungen und Kürzungen, letztere wegen Raum-Mangel vorgenommen, wortgetreu. Originalbankbriefe, deren Unterschriften **behördlich beglaubigt** sind, liegen zur Einsicht aus und wird **dringend gebeten**, hiervon umfangreichen Gebrauch zu machen. **Behördlicherseits ist dies bereits geschehen.** Abweichungen von der Wahrheit, gleichviel ob sie in diesen einleitenden Worten oder in den nachfolgenden Urteilen gefunden würden, zögen strenge Strafen nach sich. — Um den Laien die Möglichkeit in die Hand zu geben, nicht erst den Ausbruch der Krankheit abzuwarten, sondern bei Auftreten auch nur eines einzigen Symptomes sich rechtzeitig nach Hilfe umsehen, folgen hier einige der am häufigsten vorkommenden

Symptome: **Husten, vielfach zum Erbrechen reizend. — Auswurf zähen Schleimes. — Stechen auf Brust und Rücken. — Druck in den Schulterblättern. — Nachtschweiße. — In der Regel kalte Hände und Füße. — Atemnot. — Das Atmen ist später von hörbarem pfeifenden und schnurrenden Geräusch begleitet. — Häufiges Husten. — Oft heftiger unregelmäßiger Herzschlag, verbunden mit starkem Angstgefühl. — Mangelhafter Schlaf. — Schlechte Verdauung** 2c. 2c.

Zur **Kur-Einleitung** sind **nötig die genaue Leidensbeschreibung**, die **Angabe der Beschäftigung** und ob **kalte Füße vorhanden** sind. Man adressiere:

Kur-Institut „Spiro spero“, Dresden-Niederlössnitz, Hohestrasse Nr. 170 d.

Herz-Asthma:

Mit Freuden benachrichtige ich Sie, daß meine Besserung anhält und ich mich wieder wohl fühle.

Indem ich wiederholt für Ihre Kur pflichtschuldigst danke, zeichne ich mit vorzüglichster Hochachtung

Wilh. Speren, Landwirt, Stiehrott Nr. 17 b. Aachen i. Westf.

Nach gewissenhafter, energischer Befolgung Ihrer Kur bin ich wieder hergestellt, habe keine Schmerzen mehr und fühle mich wohl und gesund. Der Appetit ist ein sehr guter, es schmeckt mir alles. Der Kraftzustand hat sich bedeutend gehoben, Hände und Füße sind dauernd warm, Schwindel ist regelmäßig und an Körpergewicht nehme ich immer mehr zu, fühle mich so zu sagen wie neugeboren. Ich kann jetzt ohne Beschwerden Treppen steigen und größere Touren machen, die früher Atemlosigkeit und gehe mit Freuden meiner Arbeit nach. Sage Ihnen meinen herzlichsten Dank.

Schrumgoud: Amalie Annus, Gellenkirchen, Knappenstr. 88.

Ich denke, es würde schlecht um mir gehandelt sein, wenn ich es unterlasse, für den guten Erfolg Ihrer Behandlung bei meinem Lungen- u. Herzleiden Ihnen meinen tiefgefühltesten Dank auszusprechen.

Hugo Wegel, p. A. Hochschuldirektorat „Hohenzollern“, Hechingen.

Meine Frau litt über 2 Jahre an Asthma. Ihre Kur hat bei meiner Frau gut gewirkt, sprechen Ihnen dafür unsern besten Dank und werden Ihre Kur Bekannten bestens empfehlen.

Johannes Schäfer, Gießen, Kaplansgasse 19.

Asthma, Bronchialkatarrh, Magen- und Nierenkatarrh:

Im Jahre 1905 erkrankte ich an Asthma und schrecklichen Husten mit starkem Auswurf und Atemnot. Ich gebrauchte Ihre Kur und kann Ihnen zu meiner Freude mitteilen, daß ich mich durch dieselbe wieder ganz gesund fühle. Ihnen dafür meinen besten Dank aussprechend, werde ich nicht unterlassen, Ihre Kur jedem Asthma Leidenden zu empfehlen. Eva Kempf, Gersfeld (Rhön), Kurstr. 86.

Vor drei Jahren hatte ich Typhusfieber und seit der Zeit litt ich an Atemnot, schnellem Gehen, Bergsteigen und Arbeit war mir eine Last. Fast drei ganze Jahre litt ich an Husten, Stechen auf der Brust und in der rechten Seite, Herzklopfen und Schlaf waren unregelmäßig. Ich habe Ihre Kur angewandt und das Leiden ist vollständig geschwunden. Ihnen meinen herzlichsten Dank aussprechend, verbleibe ich hochachtungsvoll Ihr Kaspar Kampmann, Betten, Perfekter Maurer.

Viele schwere Stunden verursachte mir 6 Jahre lang ein Nieren-, Rücken- und Bronchialkatarrh, und entschloß ich mich daher, Ihre Kur durchzuführen. Durch Gebrauch derselben wurde das Leiden von Tag zu Tag besser, welche Besserung in vollständige Heilung überging. Ich kann also wohl sagen, daß ich Gott und Ihnen durch Ihre Kur meine lebenfrohen Tage zu verdanken habe.

Andreas Schörner, Kläsberg b. Oberlegau (Bayern).

Lungenleiden, Kehlkopfkatarrh, Lungenbluten, Brustleiden:

Allen leidenden Mitmenschen, welche von einer tückischen Lungen- und Brustkrankheit heimgesucht sind, diene folgendes zur gefl. Beachtung: Mit derselben Krankheit behaftet, wandte ich mich an Kur-Institut Spiro spero gemäß einer Kur und bin nach wenigen Wochen von meinem Leiden vollständig befreit. Ich danke Gott, daß er Mittel und Wege gefunden, die einer derartig heimtückischen Krankheit, welche manches blühende Menschenleben dahingerafft hat, energisch entgegentreten können.

Anna Dölling, Gemarkung-Chemnitz, Dresdner Straße, Uebigauerstr. 5, 3.

Vorigen Jahre litt ich an Lungen- und Kraftlosigkeit. Da wandte ich mich an das Kur-Institut Spiro spero und schon nach einiger Zeit fühlte ich mich besser. Nach 4 monatlicher Kur war ich von meinem Leiden befreit. Für gütigliche Hilfe sage herzlichsten Dank.

B. Ungemach, Weißenbach, Post Rastatt i. Murgth. (Baden).

Ich kann Ihnen mitteilen, daß meine Mutter von dem Lungenleiden vollständig geheilt ist und sage Ihnen hiermit meinen besten Dank für ihre Heilung. Jedem, welcher von diesem Leiden geplagt ist, werde ich gern Ihre Kur empfehlen. Hochachtungsvoll

August Kickart, Gübornen b. Belmerstein, Zöllner Nr. 18.

Ich bedanke mich hiermit bei Ihnen für Ihre werte Kur. Ich litt an Lungenkatarrh und am Magen. Durch pünktliche Befolgung Ihrer Verordnungen habe ich solch einen Erfolg erzielt, daß ich alle meine Arbeit übernehmen kann. Ich bin also Gott sei Dank wieder vollständig gesund, grüße ich Ihnen bestens Dank sage. Heinrich Weiß, Bergmann, Weckerhof b. Dorf, Bez. Münster, Brandstr. 37, 1.

Viele Jahre kämpfte ich gegen mein Brustleiden, konnte doch keine Besserung erreichen, bis ich Ihre Kur begann. Dieselbe war auch bei mir von bestem Erfolg und bin ich nach wenigen Wochen von meinem Leiden vollständig befreit, sage Ihnen meinen besten Dank. Ich betrachte Gott und Sie als den Retter meines Lebens und werde aus Dankbarkeit jedermann von der glücklichen Kur erzählen und sie bestens empfehlen.

Frau Bartels, Stöckau b. Neuhaus a. Elbe.

Magen- und Darmleiden:

Anbetreibend litt ich an Magenleiden und nachdem ich viele Mittel erfolglos angewandt, gebrauchte ich Ihre Kur, und ist mir mit Gottes und Ihrer Hilfe meine Gesundheit geworden. Spreche Ihnen hiermit innigsten Dank aus und kann die Kur allen ähnlich Leidenden nur bestens empfehlen. J. Dobenhöft, Einlage p. Schrevenhorst b. Tanger.

An Magenleiden und Durchfall litt ich 6 Monate und erlangte unter Gottes Beistand durch Ihre Kur wieder. Ich fühle mich wohl und munter. Essen schmeckt mir und ich kann rüstig meiner Arbeit wieder nachgehen. Ueber Ihre Kur kann ich meine allerbeste Anerkennung aussprechen. Johann Steinmann, Hofemarbeiter, Kleinbüstersdorf bei Saarbrücken.

Ungefähr 11 Jahre litt ich an Magenleidenschwerden, wie Verdauungsstörungen, Sodbrennen, Aufstoßen, Stuhlverstopfung. Nun diesem langjährigen Leiden bin ich durch Ihre Kur in 4 Monaten gänzlich befreit worden. Allen ähnlich Leidenden möchte ich eine solche Kur empfehlen und statte Ihnen hiermit nochmals meinen herzlichsten Dank ab. Frau Bestier, Berlin N. Kastanienstr. 8.



Gott dem Allmächtigen hat es in unerforschlicher Weisheit gefallen, unsern innigstgeliebten Bruder, Schwager und Onkel, den

hochwürdigen Herrn

B. Topp

Pfarrer in Osterfeld

heute nachmittag um 2 Uhr zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Derselbe starb in Münster infolge eines Schlaganfalles im Hause seines Neffen, wo er zum Besuche weilte, im 61. Lebensjahre und im 37. Jahre seines Priestertums.

Freunden und Bekannten aus dem Priester- und Laienstande widmen wir diese Traueranzeige mit der Bitte, des teuren Verstorbenen am Altare und im Gebete gedenken zu wollen.

Beckum, Münster, Minden und Paderborn, den 11. Dez. 1906.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt in **Osterfeld** am Samstag, den 15. Dezember, morgens 9 Uhr; gleich darauf die feierlichen Exequien in der Pfarrkirche.

Sämtliche, am **1. Januar 1907** fälligen

Zinsscheine

lösen wir bereits vom **15. d. Mts.** an **ohne Abzug** ein und kontrollieren die Papiere auf Wunsch hinsichtlich Kündigung, Verlosung etc.

Zum

An- und Verkauf von Wertpapieren

halten wir uns bestens empfohlen.

Fest verzinsliche, solide Anlagepapiere halten wir stets vorrätig.

Münster i. W., den 11. Dezember 1906.

Münsterische Bank,

Filiale der Osnabrücker Bank.

Königsstrasse Nr. 18.

Spezial-Gummischuhgeschäft

Everhard Jungeblodt,

Gummistr., **am Aegidii-Kirchplatz.** Größtes Lager anerk. vorzügl. guter Gummischuhe und Gummistiefel. Gummischuhe werd. haltbar repariert.



Kirchen-Heizungen

mit Frischluftzuführung u. regul. Luft-Beleuchtung

Belg. Pat. 156 363 **D.R.P.** 91 577 130 212 Franz. Pat. 316 055

Sommer- u. Winter-Ventilation

Theod. Mahr Söhne

Aachen.

Gründung 1841.

Fernspr. 238.

Prospekt gratis.



Aug. Hammerschlag.

Cigarrenfabrikant in *Bremen*,

empfiehlt von seinen rühmlichst bekannten Cigarren insbesondere die Special-Marken:

***Germania*, milde und fein,** à 62½ Mk. per Mille, und ***Hammerschlag*, mittelkräftig,** à 63 „ „ „

wovon **Probezahlst** gerne zu Diensten stehen. Rücksendung ist gestattet. Versand ohne Risiko. 329

Aufruf!

Durch die **Explosion der Wittener Roburitfabrik** ist über viele Familien der Stadt Witten und der Gemeinde Annen große Not hereingebrochen. Frauen und Kinder sind durch den Verlust oder die Verletzungen ihrer Ernährer in hülfsbedürftige Lage geraten. Der Sachschaden ist sehr bedeutend. Häuser sind zerstört und unbewohnbar geworden. Hunderte von Personen sind obdachlos und vorläufig in öffentlichen Gebäuden notdürftig untergebracht. Wenn sich auch die Größe des Schadens noch nicht annähernd übersehen läßt, so steht doch schon jetzt fest, daß es nicht möglich sein wird, aus örtlichen Mitteln in ausreichender Weise Hülfe zu schaffen.

Die Unterzeichneten richten daher an alle diejenigen, welche helfen können und wollen, die dringende Bitte, dem hochherzigen Beispiel Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin zu folgen und zur Unterstützung der Notleidenden beizutragen.

Die Stadthauptkasse in Witten nimmt Gaben in Empfang.

Witten und Annen, den 30. November 1906.

General-Adjutant von Scholl.
Staatsminister Freiherr von der Recke, Oberpräsident von Westfalen.
Freiherr von Coels, Regierungspräsident.

Annen: Dr. Busch, Königlicher Landrat (Hörde). Rentmann Drees. Gemeinde-Vorsteher Kolay. Pastor Boos. Pastor Bro ze. Pastor Horststadt. Fabrikbesitzer W. Utermann. Fabrik-Direktor Abt. Fabrikbesitzer Goercke. Direktor Stöckmann. Geschäftsführer Wollenweber. Landwirt Preis.

Witten: Der Magistrat: Dr. Haarmann, Oberbürgermeister. Die Stadtverordneten-Versammlung: Generaldirektor Schumann, Vorsteher. Justizrat Fautsch, stellv. Vorsteher.

Die Geschäftsstelle dieses Blattes ist bereit, Gaben zur Weiterbeförderung in Empfang zu nehmen.

Wertvolle Festgaben für Weihnachten

aus dem Muth'schen Verlage in Stuttgart.

Geschichte der Musik. Von Dr. **Karl Storck.** Mit Zeichnungen v. Franz Stassen und dem Bildn. Beethovens. 850 Seiten. In vornehmem Geschenkband **Mk. 12.—.**

„Storck's Werk ist in hohem Maße geeignet, zu lebendiger Musikübung zu ersiehen; es befähigt den Leser, die musikalische Kunst im Rahmen des gesamten Kulturlebens richtig zu erfassen. Die schöne, zum Teil gehobene Diktion, frei von aller Künstelei, wirkt gewinnend. **Hochland.**

„Möge das vornehme Buch, das Franz Stassens Künstlerhand mit geistvollen Vignetten geschmückt und die Verlagshandlung prächtig ausgestattet hat, seinen Einzug halten in jedes musikalische Haus; Denen Liebhabern zur Gemütsergötzung."

Stiftskapellmeister **Dr. Weismann, Regensburg.**

Deutsche Literaturgeschichte. Von Dr. **Karl Storck.** 3. Aufl. 540 Seit. Eleg. geb. **Mk. 6.—.**

„Fassen wir unser Urteil noch einmal zusammen, so wissten wir zurzeit kaum eine andere Literaturgeschichte zu nennen, die in **diesem** Umfange (bei so vorzüglicher Ausstattung und bescheidenem Preise) so vorzügliches böte und für **Haus und Schule** mehr zu empfehlen wäre. Möge sie deshalb namentlich in unsern Kreisen eifrige Leser und Abnehmer finden!"

Liter. Handweiser, Münster.

„Wer die Literaturgeschichte studieren will, um eine gute Kenntnis des **Wertvollen** in der deutschen Literatur zu erlangen, dem darf das Storck'sche Buch mit gutem Recht empfohlen werden." **Köln Volkszeitung.**

Haushaltungs-Pensionat für Töchter besserer Stände.

Geleitet von Schwestern der Vereinigung im kl. Herzen.

Hougaerde bei Tirlemont (Belgien).

Gesunde Lage, weite Räume, großer Park. Gründliche Anleitung in allen Familienzweigen des Haushalts. Zuschneide- und Konfektions-Kursus. Nach Wunsch weitere Ausbildung in Deutschen, Literatur, Kunstgeschichte etc., im Französ. u. Engl. (tägl. Konversation). Umgangssprache: französ. Ges., Klav., Viol., Mandoline, Zeichn., Malen, Brandmalen, Schnitzen.

Pensionspr. 800 Mk. inkl. Unterricht in den Sprachen, Bett und Wäsche. Jede Schülerin bewohnt ein eigenes fein eingerichtetes Schlafzimmer. 5419

Prospekte und Referenzen erteilt die Oberin.



Schönste

Weihnachts-Geschenke!

Reichste Auswahl

im kl. illustrierten soeben erschienenen

Hauptkatalog

mit über 300 Abbildungen der hervorragendsten christl. **Meisterwerke** gegen Einsendung von **Mk. 1.—** franko.

Gesellschaft für christliche Kunst,

G. m. b. H., **München.**



Liebe Leser! Helfet uns noch einmal, damit wir mit dem Bau einer Kirche beginnen können. Ueber 2000 Seelen hat die hiesige kath. Gemeinde, während die Schulkinder allein, 270 an der Zahl, fast die Kapelle ausfüllen. Ein altes Gartenhaus dient nothürftig als Chor, in dem das hl. Sakrament aufbewahrt und das hl. Opfer dargebracht wird. Es kann so nicht bleiben. **Rieke, Vikar.**

Vorstehende Bitte wird aufs wärmste empfohlen.

Paderborn, 22. Novbr. 1906. Bischöfl. General-Vikariat.

(L. S.) Schultz.

Ein Urteil über Fulgural.

Herren **D...A. Steiner & Schulze,** Braunschweig.



Ich litt seit längerer Zeit an einem hartnäckigen nässenden Ekzem (Flechte), welches v. einem Spezialisten erfolglos behandelt wurde. Ich bestätige Ihnen gern, daß dieses Leiden durch Gebrauch Ihres Fulgural in ca. 14 Tagen geheilt war.

Hochachtungsv.

S... B....., Prag.

Zahlreiche weitere Dankschreiben sind jederzeit in unserem Kontor einzusehen.

Fulgural, bestes Blutreinigungsmittel. Hervorragende Wirkung, leicht lösemittel, magenstärkend, von angenehmem Geschmack. Vorzügliche Wirkung bei Hautleiden, Geschwüren etc.; ferner bei träger Verdauung und Neigung zur Verstopfung. Denkbar bequemste Anwendung ohne Berufsstörung.

Zu haben in den Apotheken. **Versandapotheke: Schweizer Apotheke Max Riedel, Berlin, Friedrichstrasse 175.** Preis pro ½ Flasche 3,75 Mk., pro 1/1 Flasche 2,30 Mk. 8101

Alleinige Fabrikanten:

Dr. A. Steiner & Schulze,

Fabrik chem.-pharmaz. Präparate.

Braunschweig.

Ernst Weigand, vereidigter Sachverständiger Löwenscheid, früherer Referendar, Fernsprecher 477.

Aus dem Buchhandel.

Neue Erscheinungen:

„Kultur und Katholizismus“. Herausgeber: Dr. **Martin Spahn,** ord. Prof. an der Universität Straßburg i. E.

Die neue Sammlung plant, einesteils wissenschaftlich begründete, in Essayform gehaltene Lebensbilder der hervorragenden Katholiken — insbesondere des 19. Jahrhunderts und Deutschlands, sodann auch der anderen Kulturländer und der neueren Zeit insgemein, andernteils die Behandlung aktueller Fragen innerhalb des Katholizismus unserer Tage überhaupt. Bisher erschienene Bändchen:

1) **Martin Deutinger.** Von Dr. Jos. R. Endres. Mit Titelgravüre. Karton. M. 1.50
2) **Roomtut.** Von Dr. Adolf Tyrol. Mit Titelgravüre und 2 Text-Illustr. Karton. M. 1.50.
3) **Ed. v. Steinle.** Von Dr. Josef Popp. Mit Titelgravüre und 2 Text-Illustr. Karton. M. 1.50.
4) **O. Willmann.** Von Dr. J. B. Seidenberger. Mit Titelgravüre. Karton. M. 1.50

Die Sammlung „Kultur und Katholizismus“ erscheint in von vornehmer moderner Druckausstattung (zu je 5—7 Druckbogen Klein-Format), die in freier Reihenfolge ausgegeben werden.

Jedes Bändchen ist in sich vollkommen abgeschlossen und einzeln käuflich.

Christus. Das Evangelium und seine weltgeschichtliche Bedeutung. Von D. Dr. **Herman Schell,** ord. Professor der Apologetik an der Universität Würzburg (†). Mit kirchlicher Druckgenehmigung. Sechzehntes und siebzehntes Tausend. Illustrierte Neu-Ausgabe. Textl. und illustrativ vermehrte Auflage.) Mit einer Broschüre, 2 Tondrucken, 90 Abbildungen und reichem Buchschmuck. gr. 8°. (IV und 182 S.) In Prachtband Mk. 5.—.

Napoleon I. — Die Vollendung der Revolution. — Von Karl Ritter v. Landmann, kgl. bayr. Generalleutnant z. D. in München. Mit 119 Abbildungen. Sechstes und siebentes Tausend. gr. 8°. (116 S.) In Leinwandband Mk. 4.—. 8582

Mainz. ● Verlag Kirchheim & Co. ● München.

(Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.)

Bekanntmachung.

An den hiesigen **katholischen Volksschulen** sind zwei neue

Lehrerstellen

sofort zu besetzen. Grundgehalt: 1400 Mk.; Mietzuschuß: 200 Mk.; Wiesenentschädigung für Bewirtschaftung 400 Mk. und nach 12 Dienstjahren 450 Mk.; für Unterrichtszeit: 200 Mk. Erhöhung des Grundgehalts um 1500 Mark in beiderlei Gehaltsstufen. Gehaltsregulierung findet nach statt.

Meldungen sind bis zum 1. Januar 1907 an den Unterzeichneten einzureichen.

Werne (Kreis Bochum) den 10. Dezember 1906.

Der Amtmann:

Gimbel.

Die Ausstellung der Paramente

für arme Kirchen

findet statt am **Freitag,** den 14., **Samstag,** den 15., und **Sonntag,** den 16. Dezember, von 9½ bis 4½ **Uhr im oberen Saale der Curie des deutschen Hauses, Domplatz 30/31.**

Zum Besuche der Ausstellung ladet ein

Der Bonifatius-Paramenten-Verein.

20 000 Mark

an erster Stelle (erste Hypothek) zum **1. April gesucht.** Offert. unter Z. 19/90 bef. Ann. Bureau, Bünde, Bez. Osnabrück. 8097

Verkauf.

Ein schönes, **großes Geschäftshaus,** in bester Lage Münsters, worin seit über 80 Jahren ein Kolonialwarengeschäft mit gutem Erfolge betrieben wurde, ist unter der Hand **sofort** zu verkaufen.

Angebote erbeten unter **H. J. 8087** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Musik-Verein

Münster i. W.

Rathaus • Saal.

Freitag, den 14. Dezbr. 1906.

IV. Vereins-Konzert

Leitung: Herr Kloop, und städtischer Musikdirektor Paul Geisler aus Hamm, in Verbindung des schon oft hier bestens bekannten Musikdirektors Hrn. Dr. Wilhelm Niessen.

Solisten: Frau Chop-Groeneveldt (Sopran); Herr Kloop (Violine); Berlin.

Vortragsfolge:

1) **Rob. Volkmann:** Ouverture zu Shakespeares Richard III. op. 58.
2) **F. Tschaikowsky:** Konzert (Op. 1 B-moll) für Pianoforte mit Begleitung des Orchesters.
3) **Georg Schumann:** Lenz, der Winzer und Satyrn, Orchesterbild und „Amor und Psyche“.
4) **Franz Liszt:** Festzug für das germanische Bundesfest für Pianoforte und Orchester.
5) **Joh. Brahms:** III. Symphonie (F-dur) op. 90 für großes Orchester.

Anfang: 7 Uhr. Ende: 9 Uhr.

Konzertflügel: **Rud. Ibach Sohn** aus dem Pianoforte-Magazin des Herrn C. Bisping.

Tageskarten für Nichtmitglieder zu 3.50 Mark in den Musikalienhandlungen von **C. Bisping, H. Knorr** und an der Rhonhalle. Karten für Studierende zu 1.50 Mk. und **Zutatkarten** für numerierte Plätze zu 1 Mk. **nur bei C. Bisping.**

Die öffentliche Hauptprobe zu diesem Konzert **mit Mitwirkung der Solistin: Donnerstag, d. 13. Dezbr. abends 7 Uhr,** im Rathaus-Saale.

Dauerkartenbesitzer zu 1 Mark an den oben genannten Stellen und Schülerkarten zu 0.50 Mk. bei **C. Bisping.**